SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Vom Vergleichen des Kommunismus mit dem Faschismus: einführende Erwägungen

Ruben, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Ruben, P. (2008). Vom Vergleichen des Kommunismus mit dem Faschismus: einführende Erwägungen. *Totalitarismus und Demokratie*, *5*(2), 229-273. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311455

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Vom Vergleichen des Kommunismus mit dem Faschismus – Einführende Erwägungen

Peter Ruben

Prof. Dr. sc. phil. Peter Ruben, geb. 1933. Studium der Philosophie und Physik an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1975–1990 zunächst wiss. Arbeitsleiter, nach „Revisionismus"-Vorwurf wiss. Mitarbeiter am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1981 Verbot der Lehrtätigkeit sowie des öffentlichen Auftretens bei gleichzeitiger Publikationseinschränkung; 1990 Ernennung zum Professor und Wahl zum Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der AdW der DDR; 1992–1993 wiss. Mitarbeiter der Koordinierungs- und Aufbau-Initiative e. V. im Rahmen des Wissenschaftler Integrationsprogramms; 1994–1996 wiss. Mitarbeiter an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Europa-Universität Viadrina. Anschrift: Defreggerstr. 10, 12435 Berlin.

Abstract

Does speaking of the "two German dictatorships" express any cognitive value? To answer this question, in the form of theses there is the assumption that this is based on a non-explicit equation expressing the Fascist and the Communist dictatorships as species of the same genus. This way, implicitly the question about the nature of historiographic comparison is raised. It is answered by the hypothesis of assuming the well-known Kondratieff Cycle as a basic historic process. By way of this assumption, Fascism and Bolshevist Communism are identified in the context of the Third Kondratieff and are judged on as being opposite ways of solving the social issue. The true identity of both is seen in its potential of self-destruction which, however, is due to opposite reasons.

Das Vergleichen ist das Ende des Glücks
und der Anfang der Unzufriedenheit.
Sören Kierkegaard

Mit Bezug auf meine im April 2005 publizierten Bemerkungen zur Redeweise von den „zwei deutschen Diktaturen"[1] hat mich der Herausgeber gefragt, ob ich bereit wäre, zum Thema „Sinn und Unsinn des Begriffs der beiden deutschen Diktaturen" oder „Möglichkeit und Unmöglichkeit eines Vergleichs beider deutscher Diktaturen" beizutragen. Da ich mit den in der Fußnote 1 zitierten Anmerkungen vernehmlich provoziert habe, konnte ich mich dem Anliegen des

1 Vgl. meinen Beitrag „DDR-Philosophie unter Parteiregie". In: Hans-Christoph Rauh/Peter Ruben (Hg.), Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin 2005, S. 19–50. Die fraglichen Bemerkungen lauten:

Totalitarismus und Demokratie, 5 (2008), 229–273, ISSN 1612–9008
© Vandenhoeck & Ruprecht GmbH und Co. KG, Göttingen 2009

Herausgebers anständigerweise nicht entziehen. Das Resultat des Versuchs, der Nachfrage ein Angebot zu schaffen, sei hier nun vorgestellt.

Dass Kommunismus und Faschismus vor nicht allzu langer Zeit als extreme Opponenten galten, weil sie für jedermann von Anfang an – insbesondere aber während des spanischen Bürgerkriegs 1936 bis 1939 und des Zweiten Weltkriegs 1941 bis 1945 – als gegeneinander Bürgerkrieg und Krieg führende Kampfbünde ersichtlich waren, scheint heute – 2008 – in Deutschland ins historische Vergessen abzusinken, um durch die Redeweise von den „zwei deutschen Diktaturen" (z. B. „NS- und SED-Diktatur") ersetzt zu werden. Mit dieser Kennzeichnung soll – sich selbst und anderen – suggeriert werden, die Deutschen seien endlich von der Hitler- und der Ulbricht-Diktatur erlöst, von letzterer speziell durch eine „friedliche Revolution", von ersterer leider nicht, obgleich auch in diesem Zusammenhang die Mobilisierung preußischer Tugenden wenigstens am 20. Juli 1944 versucht worden war.

Angesichts der wirklichen Geschichte fragt man sich: Haben die Entdecker der „beiden deutschen Diktaturen" die dritte vergessen, die Ludendorffs und Hindenburgs als der dritten obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg? Und was wäre zur Regierung eines kleindeutschen Kaisers – nämlich der Wilhelms II. – zu sagen, der das „persönliche Regiment" (das ist wohl Tun eines Diktators) einem parlamentarischen vorzog und im eigenen Königtum das Dreiklassenwahlrecht noch verteidigte, als der richtige, d. i. der habsburgische, Kaiser Franz Joseph I. „seinen Völkern" schon längst das allgemeine Wahlrecht bewilligt hatte? Geht man über das 20. Jahrhundert weiter in die Geschichte

---

Erstens: „Gegenwärtig ist auffällig, dass die Redeweise von den ‚zwei deutschen Diktaturen' besonders von denen gebraucht wird, die keine praktischen Erfahrungen mit der Nazizeit mehr machen konnten. Für sie ist die DDR eine a priori vorgegebene Lebensbedingung. Für Ältere ist die DDR leicht als kommunistische Aufhebung der Nazizeit zu denken (die BRD natürlich als eine andere – sozialdemokratisch-bürgerliche). Jemand, der sich an die Ordensbrust Görings erinnert, hat die Ordensbrust Stalins nur als – mit Bezug auf das von Hitler induzierte Kriegsresultat – ‚logischen' Ersatz in der Erinnerung. Und wer Hitlers Eifer in der Staatsleitung kennt, um sie mit Ulbrichts Einsatz vergleichen zu können, kann nur verblüfft sein über die Akzeptanz des ziemlich sinnleeren Ausdrucks von den ‚zwei Diktaturen'." (S. 27, Anm. 37.)
Zweitens: „Im Unterschied zur Nazipartei, die die soziale Frage erklärtermaßen durch Unterwerfung fremder Völker zu lösen proklamierte, also auf erneuerte Herrschaft und Knechtschaft aus war, hatte die kommunistische Partei das persönliche Privateigentum als den Grund für die Existenz dieser Frage gedeutet, daher die menschliche Emanzipation im Ideal des universellen Gemeineigentums avisiert. Das unterscheidet den Kommunismus vom Faschismus ein für allemal und bestimmt die Redeweise von den ‚zwei Diktaturen' als gedankenlose Abstraktion. Dies festzustellen heißt natürlich nicht, zu leugnen, dass der bolschewistische Kommunismus mit der Transformation des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg den ‚roten Terror' zum mehr oder weniger permanenten Herrschaftsmittel gemacht hat. (Es gibt aber auch ganz andere Arten des Kommunismus.) Zu begreifen, wie aus der kommunistischen Denunziation des persönlichen Privateigentums, des Marktes und des Geldes der GULag hervorgeht, steht wohl noch ebenso aus wie zu begreifen, warum die Deutschen Hitler zuließen und ihm bis zum Ende folgten." (S. 43, Anm. 71.)

zurück, wird man deutsche Diktaturen zu Hauf finden, z. B. solche, die mit schäbigsten Verkäufen ihrer Landeskinder als Soldaten an fremde Geldgeber der klassischen deutschen Literatur ein Ärgernis erster Ordnung waren. Man könnte auch vom „Dictatus papae" reden, mit dem Hildebrand als Papst Gregor VII. 1073 dem deutschen König Heinrich IV. die ererbte Kompetenz absprach, Bischöfe einzusetzen. Vom Entscheid der Römischen Republik, im Falle der Bedrohung ihrer Existenz ihre politische Führung in die Hände eines Diktators zu legen, ganz zu schweigen.

Ist festzustellen, dass den Produzenten der Redeweise von den „beiden deutschen Diktaturen" die historischen Kenntnisse ausgegangen sind? Sie haben die Wörter *Demokratie* und *Diktatur* zur Verfügung, zeigen auf die politischen Regime des Faschismus und des Kommunismus im 20. Jahrhundert, entschließen sich, sie „Diktaturen" zu nennen, um mit dieser Namensgebung, die natürlich pejorativ gemeint ist, die Demokratie, in der sie leben (die repräsentative freilich, nicht etwa die Basisdemokratie oder die der Schweizer), zu feiern. Dass Demokratie überhaupt in verschiedenen Arten historisch präsent war und ist, als athenische oder nordamerikanische Demokratie von Sklavenhaltern, als – mon dieu – kommunistische Rätedemokratie, wird schon nicht mehr gedacht. Und dass die römische *Republik* die Diktatur geschaffen hat, um sie in historischen Augenblicken der Gefahr für ihre Existenz zu gebrauchen, wen schert das noch unter Ideologieerzeugern, die mit der Entgegensetzung der „beiden Diktaturen" gegen die Demokratie etwa die gleiche Informationsfülle erreichen, die wir gewinnen, wenn wir mit Orwell sagen: „Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht!"

Dagegen bleibt nur zu fragen: Ist denn die unterstellte exklusive Alternative „entweder Demokratie oder Diktatur" eine in der Politikwissenschaft akzeptable Grundannahme? Sollte es diktatorische Demokratien geben und demokratische Diktaturen, wäre die schöne Subsumtion des Kommunismus wie des Faschismus unter die Diktatur und beider Entgegensetzung zur Demokratie ein ideologischer Luftballon, der beim Entlassen in die freie Atmosphäre platzte. Diese Subsumtion setzt ja die Lösung des Problems, das hier verhandelt werden soll, das der Vergleichbarkeit beider, schon voraus. Die die sie annehmen, haben mit der Vorstellung von beiden als *Diktaturen* deren identische Bestimmtheit bereits a priori unterstellt, brauchen daher nicht mehr wirklich empirisch zu vergleichen. Indem sie von der *Diktatur* die *Demokratie* disjunktiv per Setzung unterscheiden, haben sie für sich schon alles erledigt, was sonst durch mühevolles Studium erst zu erkennen ist.

Ist in der Tat die Demokratie gegen die Diktatur disjunktiv bestimmt, d. h. allein als Glied der ausschließenden Alternative *entweder* Demokratie *oder* Diktatur in der rauen politischen Wirklichkeit gegeben? Wie man weiß, ist die Demokratie die politische Erfindung antiker griechischer Poleis, unter denen Athen eine überragende Rolle gespielt hat. Die Diktatur dagegen ist die Erfindung der antiken Römischen Republik, in Notzeiten des Staates (z. B. im Falle einer äußeren Bedrohung) einem Diktator auf endliche Dauer Entscheidungsbe-

fugnisse zuzubilligen, die sonst nur dem Senat und dem Volk von Rom zustanden. Die griechischen Poleis wie die römische Republik hatten die Souveränität des Volkes zur politischen Basis gemeinsam. Die Volksversammlung fand sich zusammen, um die die politische Gemeinschaft angehenden Entscheidungen zu fällen. Alle Mitglieder dieser Gemeinschaften hatten das Recht, sich an den Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Kein Priester und kein König hatte ein Entscheidungsmonopol. Das macht gerade die in der griechisch-römischen Antike begründete europäische demokratische Tradition aus, ein Fundament europäischer Identität. Die Diktatur hatte also in ihrer Entstehung die Volksversammlung als ihren Produzenten zur Basis. Eine sozusagen demokratischere Fundierung der Diktatur ist gar nicht denkbar.[2]

Allerdings bestand das an den Entscheidungen beteiligte Volk allein aus der Gesamtheit seiner waffenfähigen Männer. Die Frauen hatten nichts zu sagen, selbstverständlich auch nicht die Sklaven – und ebenso wenig die so genannten Metöken der griechischen Poleis (Mitbewohner, d. h. Menschen mit Immigrationshintergrund, wie man heute sagen würde). Selbstverständlich aber trugen die, die politisch in solcher Demokratie nichts zu sagen hatten, ganz wesentlich zum wirtschaftlichen Wohlergehen derjenigen bei, die die Demokratie realisierten, die Politen (Polisbürger). Was ist von einer Demokratie zu halten, die sicher mehr als der Hälfte der Bevölkerung gar nicht den Status eines politischen Subjekts bzw. Akteurs, eines Politen, zuerkennt, ihn nicht als Mitglied des politischen Entscheidungskörpers zulässt? Es wird wohl niemand bestreiten, wenn festgestellt wird: Die demokratische Entscheidung des Demos (also nicht des Volks im heutigen Sinn, sondern nur der waffenfähigen Männer – ohne Frauen, Sklaven und Metöken) ist zugleich ein Diktieren für diejenigen, die zur Willensbildung der Gemeinschaft gar nicht zugelassen sind.

Bedenkt man, wann das Wahlrecht für Frauen eingeführt worden ist, so muss man sagen: Bis ins 20. Jahrhundert waren alle Demokratien zugleich diktatorisch *gegen Frauen*.[3] Das allgemeine Wahlrecht ist ebenfalls erst eine politische Erfindung des 20. Jahrhunderts. Also waren alle Demokratien bis zu dieser Zeit

2 Etwas anderes ist der Despot und die Despotie, oder der Autokrat und die Autokratie. Das sei hier nur notiert und zugleich gesagt, dass an dieser Stelle keine politiktheoretische Diskussion politischer Führungsarten unternommen werden kann. Sie wäre nötig, um Diktatur und Demokratie vernünftig zu unterscheiden.

3 Am 9. Februar 1907 demonstrierten in London mehr als 3.000 Frauen für die Einführung ihres Wahlrechts. Weil Britanniens König Eduard VII. in seiner Thronrede nicht auf diese Forderung einging, protestierten in der Woche darauf die so genannten „Suffragetten". Dagegen konnten vier Wochen später in Finnland – unter der Vorherrschaft des russischen Zaren – am 15. März 1907 erstmals in der Geschichte Frauen bei der Wahl eines Landesparlaments aktives und passives Wahlrecht ausüben. Ist es akzeptabel, den russischen Autokraten im Verhältnis zum konstitutionell gebundenen britischen Monarchen für seine die Demokratie wenigstens in Finnland erweiternde Erlaubnis zu loben, dagegen den britischen Monarchen wegen seiner Ignoranz des demokratischen Anspruchs wenigstens der Hälfte seiner Untertanenschaft zu schelten? Und was lehrt das Beispiel über das Verhältnis der Demokratie zur Diktatur?

diktatorisch gegen die, die kein Wahlrecht hatten. Dazu gehörten lange Zeit *die Vermögenslosen* (die, weil sie keine Steuer zahlen konnten, auch kein Wahlrecht erhielten). Es ist also berechtigt, Demokratien der Vermögenden zugleich Diktaturen gegen die Vermögenslosen zu nennen. Die Feststellung diktatorischer Demokratien als geschichtlicher Tatsachen macht gar keine Mühe.[4]

Sehen wir uns einige Diktaturen an und fragen, wie die zugehörigen Diktatoren wohl zu ihren Ämtern kamen, so gibt es wieder keinen Zweifel, dass Massen von Menschen ihre Zustimmung zum Kaisertum Napoleons (des ersten und des dritten) in Volksabstimmungen gegeben haben, dass die Mehrheit der Kommunisten in der III. Internationale Stalin unterstützte, dass eine große Masse deutscher Wahlbürger Hitler ihre Stimme gab. Es ist also berechtigt, von der demokratischen Fundierung diktatorischer Regime zu reden.[5] Und es sei hinzugefügt: Es wäre eine arge politische Dummheit, diesen Zusammenhang zu ignorieren.

Wenn nun diktatorische Demokratien und demokratische Diktaturen historische Fakta sind, so ist die Vorstellung von der exklusiven (ausschließenden) Alternative zwischen Diktatur und Demokratie ein reines Ideologem, das keine empirische Basis hat. Infolgedessen hat die Subsumtion beliebiger politischer Systeme unter die beiden in dieser Disjunktion vorausgesetzten Kategorien einen geringen Erkenntniswert. Sie dient in der gegenwärtigen Diskussion rein ideologischer Denunziation, die nur die moralische Entgegensetzung des Bösen gegen das Gute in politischer Phraseologie mitteilt. Das Bedürfnis nach solcher Entgegensetzung darf jedoch im Versuch, historische Wahrheit zu finden, keine Deutungshoheit besitzen, d. h. die historiographische Urteilskraft nicht paralysieren.

Vergleichen wir den Kommunismus mit dem Faschismus, lassen wir lieber alle *vorausgesetzte* Subsumtion unter den Begriff der Diktatur (wie Ausschluss aus der Gattung der Demokratien) beiseite. Sie unterstellt ja eben ein Vergleichsergebnis, das doch erst ermittelt werden soll. Es ist übrigens in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass die veröffentlichten Meinungen zum fraglichen Thema in der Regel nicht mit *Begriffen* der Diktatur und der Demokratie operieren, sondern nur mit den entsprechenden *Wörtern*. Letztere liefern individuelle Vorstellungen, die beliebig variieren können und auch assoziiert werden, aber nie definite Bestimmungen für wissenschaftlich akzeptable Urteilsbildungen. Was wir brauchen, um zu vergleichen, ist eine möglichst klare und treffende (d. h. wahre) Determination dessen, was die Namen *Kommunismus* und *Faschis-*

4 1172 beginnt in Venedig mit der Gründung des ‚Großen Rats' die demokratische Beschränkung des Dogen (des Führers) durch ein Parlament von 500 Aristokraten; von den Nicht-Aristokraten ist keine Rede. So hat die moderne europäische Demokratie mehr als 700 Jahre gebraucht, ihren diktatorischen Charakter aufzuheben.

5 Sechs Jahre nach Beginn des Aufstands gegen Spaniens Herrschaft verkündet ein Nationalkongress in San Miguel de Tucumán am 9. Juli 1816 die Unabhängigkeit der Vereinigten Provinzen am Rio de la Plata (seit 1826 Argentinien genannt) von Spanien und verlegt seinen Sitz nach Buenos Aires. Der Kongress wählt Juan Manuel Pueyrredón zum obersten Diktator. Darf man hier die Vorstellung von der demokratischen Diktatur anwenden? (Der bedeutendste Diktator dieser Zeit und Region war natürlich Simón Bolívar.)

mus eigentlich benennen (oder bezeichnen) sollen. Wir brauchen die Begriffe dieser Gegenstände, die eben nicht mit den Namen gegeben sind.[6]

I. Vom Vergleichen überhaupt

Leider zeigt die gegenwärtige öffentliche Debatte, dass wir, ehe wir zu Begriffen des Faschismus wie des Kommunismus gelangen können, für eben diese Debatte (die für Erkenntnisarbeit sehr nützlich ist) noch etwas anderes, sehr einfaches brauchen, nämlich die wenigstens wissenschaftliche bzw. historiographische Sicherheit, historisch überhaupt vergleichen zu *dürfen*. Das ist im Augenblick leichter gefordert als realisiert, falls man gegen Parteiungen bzw. Parteimeinungen nicht gleichgültig ist. So fordert z. B. Wolfgang Gehrcke in einem Interview: „Jeder sollte sich hüten, Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart mit faschistischem Krieg und industrieller Massenvernichtung von Millionen Menschen zu vergleichen."[7] Solche Aufforderungen, sich zu hüten, irgendetwas miteinander zu vergleichen, sind vom Standpunkt der Erkenntnisgewinnung vollkommen unzumutbar und für das Erkennen tödlich; weil alles Erkennen mit dem Vergleichen und Unterscheiden beginnt.

Es kann allerdings sein, dass der Vergleichsverbote Fordernde nicht weiß, was er meint. Wer nämlich das *Tun* des Vergleichens betreiben will und ausübt, muss keineswegs als Resultat seines Handelns schon eine Gleichheitsbeziehung feststellen. Er kann als Vergleichsergebnis auch eine durchgängige Verschiedenheit des Verglichenen angeben. Demgemäß hat man das Tun des Vergleichens,

6 Für einen Philosophen ist es schrecklich zu hören oder zu lesen, dass Begriffe etwas „bezeichnen" sollen. Wer solchen Unsinn in den Medien präsentiert, zeigt nur, dass er das Bezeichnen oder Benennen nicht vom Begreifen zu unterscheiden weiß. Daher hier die kurze Notiz: Wörter für sich sind niemals Zeichen für Begriffe. Das Begreifen, das zum Begriff führt, erfolgt in einer Theorie und wird mit der Angabe einer Definition verwirklicht. Eine Definition ist ein Satz, der eine semantische Gleichheit (eine Inhaltsgleichheit) zwischen dem Satzsubjekt (dem Definiendum) und dem Satzobjekt (dem Definiens) feststellt; das Prädikat i. e. S. ist gerade die Gleichheitsaussage. Ein Begriff wird also durch einen Satz sprachlich ausgedrückt.
Jede axiomatische Theorie unterstellt für ihre Definitionsleistungen undefinierbare Grundvorstellungen. Sie werden in der messenden Wissenschaft durch Angabe von Grundmessverfahren bestimmt und sind daher nicht etwa Resultat freier Assoziation, wie in der Alltagskommunikation. In dieser kann man freilich trefflich über Sinn bzw. Bedeutung eines Wortes streiten, weil es niemals etwas anderes ist als das sprachliche Zeichen für eine unbestimmte Vielheit von Vorstellungen. Diese unbestimmte Vielheit löst das Begreifen auf und ersetzt sie durch die Bestimmtheit des Begriffs. Das ist in der Philosophie seit Sokrates erkannt worden. Aber es muss zugestanden werden, dass jede Generation wieder von vorn beginnt, längst gebildete Erkenntnistheorie erneut zu erlernen.

7 Wolfgang Gehrcke, Gute und böse Interventionen? In: Neues Deutschland vom 27. September 2006, S. 6.

das, wenn man etwas erkennen will, unter keinen Umständen verboten werden darf, strikt von der Beziehung der Gleichheit zu unterscheiden. Ich nehme an, dass Wolfgang Gehrcke eben sagen wollte, gegenwärtige Menschenrechtsverletzungen seien der faschistischen, mörderischen, industriellen Menschenvernichtung nicht gleich. Indem man dies feststellt, d. h. eine Gleichheit negiert, hat man natürlich verglichen, nämlich Rechtsverletzungen mit Menschenvernichtungen, und gefunden, dass das Vergleichen ein negatives Resultat hat.

Ich nehme demgemäß an, dass alle diejenigen, die vor gewissen Vergleichen warnen, in der Regel meinen, dass die Gegenstände des Vergleichs nicht gleichgesetzt werden dürfen. Das Vergleichen ist natürlich nicht dasselbe wie das Gleichsetzen. Es muss aber klar bleiben, dass das Verbot einer Gleichsetzung das Vergleichen nicht etwa ausschließt, sondern vielmehr genau voraussetzt. Die Negation einer Gleichheit ist ein positives Resultat eines Vergleichs.

Natürlich könnte man Gehrckes Aufforderung, sich vor bestimmten Vergleichen zu hüten, durch ähnliche Verhütungsforderungen aus allen ideologischen Lagern komplettieren. Das sei hier unterlassen. Stattdessen soll das Problem historischen Vergleichens unter methodologischen Gesichtspunkten etwas detaillierter untersucht werden.

1. Über das analytische Vergleichen

Zunächst sei der bekannte Sachverhalt notiert, dass jeder zuerst im Schulunterricht die Gleichheitsvorstellung in der elementaren Arithmetik mit Bezug auf die natürlichen Zahlen erfährt. Wer den Satz $1 + 1 = 2$ ausspricht, kann in der Reflexion dieses Ausspruchs bemerken, dass mit ihm zwei arithmetische Objekte, die additive Verknüpfung $1 + 1$ und die natürliche Zahl 2, miteinander verglichen und dann gleichgesetzt worden sind. Wäre der Satz $1 + 1 = 3$ formuliert worden, wüsste jeder sogleich: Die behauptete Gleichheit besteht nicht, vielmehr ist der Satz $1 + 1 \neq 3$ wahr, d. h., dass die arithmetischen Objekte $1 + 1$ und 3 nicht gleich bzw. ungleich sind. Zugleich weiß jeder an sich damit: Es gibt bestimmte Objekte, die natürlichen Zahlen, die man auf gewisse Weise verknüpfen kann (z. B. durch Addition), um sodann nach Vergleichungen gültige Gleichheitsbehauptungen aufzustellen.

Wer dann vom arithmetischen zum physikalischen Unterricht fortschreitet, erfährt, dass man nicht nur Zahlen, sondern auch Maße vergleichen kann. Dann hat man es allerdings nicht mehr mit der reinen Gleichheit zu tun, sondern mit der Längengleichheit, Zeitgleichheit, Massengleichheit usw., d. h. mit physikalisch erklärten Gleichheitsarten bzw. artbestimmten Gleichheiten. Geht man zur Ökonomie über, findet man ähnlich die Preisgleichheit, Wertgleichheit, Kostengleichheit als in der Wirtschaft wichtige artbestimmte Gleichheiten. Solche

Gleichheiten, auch Äquivalenzbeziehungen[8] genannt, bestehen zwischen gewissen Objekten bestimmter Gattung.

Man weiß auch – ganz gewiss in der Physik –, dass man die Zeitgleichheit nicht zwischen Längen oder Massen feststellen kann, sondern nur zwischen Dauern. In der Ökonomie allerdings liest man manchmal die kuriose Behauptung, dass man Zeitarten (Arbeitszeiten natürlich) in der Beziehung der Wertgleichheit erfassen könne, womit Zeiten als Werte suggeriert werden – eine klassische Dimensionsabsurdität. Darin zeigt sich, dass selbst in der Wissenschaft das Umgehen mit Äquivalenzrelationen noch gewisse Probleme einschließt.

Mathematische, physikalische und ökonomische Objekte machen dem durchaus naiven Gebrauch der Gleichheitsvorstellung also keine unlösbaren Probleme. Niemand würde sagen, dass man höchst verschiedene Dinge nicht nach ihrer Länge (wenn sie denn eine haben) vergleichen dürfe. Jeder Käufer weiß, dass gerade strikt verschiedene Güter nach ihren Werten verglichen werden können. Jeder weiß auch, dass eine Dauer nicht mit einer Länge vergleichbar ist. In der Wirtschaft muss allerdings wohl erst noch gelernt werden, dass Preise nicht mit Werten verglichen werden können (obwohl schon die Römer den Preis – das pretium – vom Wert – dem valor – genau unterschieden). All dieses Vergleichen basiert darauf, dass in ihm Maße als Vergleichsobjekte unterstellt sind, die eine Qualität (Dimension) und eine Quantität (Größe) so besitzen, dass qualitätsverschiedene Maße unvergleichbar sind (wenngleich vereinbar), vergleichbare Maße aber quantitätsverschieden sein können. Die den vergleichbaren wie unvergleichbaren Maßen zugrunde liegenden Maßarten (die Länge, die Fläche, die Dauer, die träge Masse, die schwere Masse, die Kraft, die Energie, die Arbeit, die Leistung, die Wirkung, die Nützlichkeit, der Preis, der Wert etc.) sind nicht Dinge (Körper) und ihre Bewegungen, sondern Eigenschaften derselben. Das Vergleichen betrifft hier also Dinge und Vorgänge nach ihren Eigenschaften.

Wer allerdings geschichtliche Akteure – z. B. Hitler und Stalin – miteinander vergleicht bzw. gar gleichsetzt, macht genau das, was im bisher debattierten analytischen Vergleichen messender Wissenschaften gar nicht vorkommt, vielmehr das vorgängige alltägliche Reden charakterisiert. Wer z. B. den Esel Paul und den Löwen Leo miteinander vergleicht, darf als Ergebnis die Gleichsetzung notieren: Beide sind große Tiere. Ebenso muss er uns korrekt die Verschiedenheit versichern: Beide sind ihrer biologischen Gattung nach ungleich; Esel gehören zur Gattung der Pferde, Löwen zur Gattung der Panther. Viele Prädikationen[9] in der Umgangssprache bestimmen Gattungsnamen, womit klar ist, dass die Individuen *derselben* Gattung untereinander als Mitglieder eben dieser Gattung *gleich* (gattungsgleich), während die Individuen *verschiedener* Gattungen

8 Das Wort Äquivalenz meint ursprünglich die ökonomische Beziehung der Gleichwertigkeit, die zwischen Waren festgestellt wird.

9 Das sind die gewöhnlichen Satzbildungen, in denen Zugehörigkeiten von Dingen zu Mengen von Elementen derselben Eigenschaft ausgesagt werden. Vgl. dazu Wilhelm Kamlah/Paul Lorenzen, Logische Propädeutik. Vorschule des vernünftigen Redens, 2., verbesserte und erweiterte Auflage Mannheim/Wien/Zürich 1973.

ungleich (gattungsverschieden) sind. Fassen wir verschiedene Gattungen unter einer Bestimmung zusammen, haben wir erneut eine besondere Gleichheit angegeben. Bestimmen wir umgekehrt in einer Gattung besondere Individuen als Angehörige einer Art, haben wir wieder eine besondere Gleichheit, die Artgleichheit (z. B. der Rappen in der Gattung der Pferde) festgestellt. Die biologische Taxonomie liefert jedem dafür hinreichend viel Anschauungsmaterial.

2. Über das historiographische Vergleichen

Mit den „beiden deutschen Diktaturen" stehen uns für die öffentliche Diskussion Objekte der gewöhnlichen Prädikation gegenüber. Die Bestimmung, Diktator zu sein, können wir seit ihrer Einführung durch die Römer den verschiedensten Personen zusprechen, z. B. Sulla, der Athen so verwüstete, dass nach seiner Eroberung dieser Polis die Philosophie in Athen keine ordentliche Heimstatt mehr hatte. Ebenso ist Caesar für die entsprechende Prädikation „Caesar ist ein Diktator" ein guter Kandidat, natürlich auch Hitler und Stalin. Aber was haben wir an Erkenntnissen mit solchen Satzbildungen gewonnen? Dass die vier genannten Diktatoren gegeneinander auch sehr verschieden sind, werden wir gewiss nicht leugnen wollen. Wenn wir gar den Kommunismus mit dem Faschismus zu vergleichen beabsichtigen, haben wir ganze historische Vorgänge bzw. Bewegungen (welche eine Masse menschlicher Individuen einschließen) vor uns, die wir jeweils für sich bestimmen müssen, sollte wirklich ein ernsthafter (d. h. wissenschaftlich akzeptabler) Vergleich erfolgen. Schumachers sozialdemokratisches Diktum von den Kommunisten als „rotlackierten Faschisten" und das kommunistische Credo von den Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten" sind nichts weiter als übliche Artikulationen von Parteiideologien, die zwar praktische Bedeutung, aber keinerlei wissenschaftliche Relevanz haben. Und hier soll es nur um Letztere gehen.

Die Frage nach der Vergleichbarkeit der „NS-Diktatur" mit der „SED-Diktatur" führt, wie wir sagen müssen, in den Bereich der *historischen* Gegenstände – und damit auf die Fragen: 1. Was sind historische Objekte bzw. geschichtliche Gegenstände einer historischen Theorie? 2. Kann man und wie kann man geschichtliche Gegenstände, historische Objekte, miteinander vergleichen? Natürlich kann man die Bezeichnungen „NS-Diktatur" und „SED-Diktatur" auch als Namen für imaginierte Vorstellungen verwenden, die mit der tatsächlich absolvierten menschlichen Geschichte zwischen – sagen wir – 1898 und 1952 phänotypische Verbindungen besitzen – wie man auch dem Worte „Einhorn", nach Kenntnis von Pferden und Nashörnern, eine gewisse Beziehung zur Wirklichkeit nicht absprechen kann. Aber worum es in der gestellten Frage nach der Vergleichbarkeit des Kommunismus mit dem Faschismus wirklich geht, ist nicht das Problem, ideelle Konstruktionen bzw. subjektive Meinungen einer Ver-

gleichung zu unterwerfen, sondern das, was in einer bestimmten Dauer als besonderes *Geschehen* unter diesen Namen wirklich aufgetreten ist.

Die Schwierigkeit, die an dieser Stelle für das Denken und Erkennen auftritt, hat Ernst Cassirer einmal wie folgt beschrieben: „Wenn man von dem Erkenntnisideal der Mathematik und der mathematischen *Natur*wissenschaften, ja auch von dem der *biologischen* Wissenschaften zur Welt der *Geschichte* hinüberblickt, so zeigt sich sofort ein scharfer Bruch, eine wie es scheint, unheilbare Dissonanz – Es scheint schlechterdings unmöglich, beide auf *einen* Nenner zu bringen und harmonisch auf einander abzustimmen – Nicht nur divergieren die Erkenntnis*ziele* – hier die Erkenntnis des ‚Allgemeinen', dort die des Besonderen – hier die Feststellung allgemeiner Gesetze, dort die Konstatierung ‚einmaliger' Fakta sondern auch die Erkenntnis*mittel* – ‚Definition' und ‚Demonstration', ‚Axiome' und logische Schlussfolgerung."[10]

Der von Cassirer notierte „scharfe Bruch" trifft natürlich auch das Problem der Vergleichbarkeit geschichtlicher Prozesse, weil uns die historischen Gegenstände nicht so wie Längen oder Dauern zur Verfügung stehen, um Abstände und Zeiten in genau definierten Maßen, die ja gerade Vergleichsergebnisse sind, anzugeben. Methoden der Historiographie sind mit der analytischen Methode der rechnenden und messenden empirischen Wissenschaften nicht problemlos kompatibel zu machen. Gegen die auf strukturelle Zusammenhänge sinnende Historiographie hat sich eine Opposition erhoben, welche die Deskription, die Geschichte als Erzählung, entschieden verteidigt.

Sebastian Haffner hat das avisierte Problem zunächst sozusagen aus der Welt geschafft, indem er erklärt: „Geschichtsschreibung ist in erster Linie eine Kunst."[11] Mit dieser Sicht wäre das Problem des Vergleichens des Kommunismus mit dem Faschismus wissenschaftlich erledigt. Es handelte sich dann nicht mehr so sehr um die Frage nach der objektiven Wahrheit, sondern um die nach der Schönheit oder Gefälligkeit produzierter Darstellungen. Allein Haffner notiert denn doch: „Geschichtsschreibung ist aber auch eine Art Wissenschaft. Ich sage vorsichtig ‚eine Art Wissenschaft', denn eine wirkliche Wissenschaft, wie etwa Philologie und Mathematik, Physik und Biologie, ist sie nicht. Das Material ist zu widerstrebend, und die Werkzeuge sind zu stumpf. Die ‚Quellen' – du lieber Gott! Die Quellen sind hauptsächlich die Zwecklügen von verstorbenen Politikern oder Höflingen. Politische Geschichte ist ja, ähnlich wie Kriminalistik, immer mit der Sisyphus-Arbeit beschäftigt, Taten aufzuklären, deren Täter alles Interesse daran hatten, sie der Aufklärung zu entziehen; während Sozialgeschichte und Ideengeschichte wiederum nachträglich wissen und verstehen möchten, was die Leute damals, als sie es erlebten, selber nicht wussten und

10 Ernst Cassirer, Nachgelassene Manuskripte und Texte. Hg. von Klaus Christian Köhnke / John M. Krois / Oswald Schwemmer. Band 3. Geschichte. Mythos, Hamburg 2002, S. 147.

11 Sebastian Haffner, Zur Zeitgeschichte. 36 Essays, München 1982, S.9.

nicht verstanden. Im Grunde genommen versucht die ‚Geschichtswissenschaft' ständig das Unmögliche.

Trotzdem, wenn die Geschichtsschreibung den Versuch der Wissenschaftlichkeit ganz und gar aufgibt, artet sie in reine Legendenproduktion und Propaganda aus, und das ist auch wieder nichts. Mindestens zwei wissenschaftliche Erfordernisse muss ein Geschichtswerk erfüllen: Es muss sein Thema definieren, sozusagen eine beantwortbare Frage stellen; und es muss ein Denk- und Begriffssystem erkennen lassen, mit dem es seinem Material zu Leibe geht. Viele Historiker sind sich selbst nicht darüber im klaren, von welchem Standpunkt aus und mit welchem begrifflichen Koordinatensystem sie eigentlich arbeiten, sie betrügen sich und ihre Leser mit der Illusion der ‚Voraussetzungslosigkeit'. Dabei kann nichts Brauchbares herauskommen."[12]

Da hier die Historiographie mit Haffner als „eine Art Wissenschaft" unterstellt und zugleich akzeptiert werden soll, dass „ein Denk- und Begriffssystem" zur Beantwortung der gestellten Frage anzugeben ist, so muss zunächst zur Klärung der Vergleichbarkeit des Kommunismus mit dem Faschismus der, wie ich sagen möchte, historische Rahmen für die Untersuchung angegeben werden. Mit seiner Angabe erfolgt zugleich die Präsentation des hier vorausgesetzten „Denk- und Begriffssystems".

II. Der historische Rahmen

Im Herbst 1920 wird in Italien der Name *fascismo* bekannt und geläufig. Als Träger dessen, was mit diesem Worte bezeichnet worden ist, waren die *fascisti*, Mitglieder der am 23. März 1919 in Mailand von Mussolini gegründeten *Fasci italiani di combattimento* (Kampfbünde), bereits bekannt. Im Zusammenhang mit den Wahlen im November 1919 tauchte die Redeweise vom *fascismo* auf (vielleicht auch schon früher), um sodann mit dem Erscheinen des Agrar-Faschismus am 21. November 1920 im blutigen Terror in Bologna unübersehbar zu werden. Zwei Jahre später ist der Faschismus mit Hilfe der Krone bereits an der Macht, um Italien bis zum Juli 1943 zu beherrschen. Der König lässt Mussolini verhaften, Hitler lässt ihn befreien, um ihn noch bis zum April 1945 die *Repubblica Sociale Italiana* unter seiner Aufsicht regieren zu lassen. Zwei Tage vor Hitlers Selbstmord stirbt Mussolini, von Partisanen exekutiert. So umfasst der geschichtliche Vorgang mit dem Namen *fascismo* eine Dauer von gut 26 Jahren. Dies gilt auch für den deutschen Faschismus, wenngleich er natürlich eine vom italienischen verschiedene Entwicklung durchlaufen hat.

Am 5. Januar 1920 wird Anton Drexler in München Vorsitzender der Deutschen Arbeiter-Partei (DAP) und Adolf Hitler ihr Propagandaleiter. Die Richtlinien der DAP sehen vor: „die Adelung des deutschen Arbeiters. [...] Zwischen

12 Ebd., S. 9–10.

Arbeiter und Proletarier soll ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden. [...] Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, [...] Die DAP kämpft mit aller Gewalt gegen Wucher und Preistreiberei. Gegen alle diejenigen, die keine Werte schaffen, [...] Der Kampf gilt den Drohnen im Staate, das sind zum größten Teil die Juden." Im Januar 1919 hatte die Verschmelzung von Drexlers ‚Ausschuss Unabhängiger Arbeiter' mit Karl Harrers ‚Politischem Arbeiterzirkel' zur ‚Deutschen Arbeiter-Partei' bei knapp 100 Mitgliedern stattgefunden.[13] Am 12. September 1919 beobachtet Hitler im Reichswehrauftrage eine DAP-Versammlung, auf der Gottfried Feder die Frage „Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?" zu beantworten trachtet. Durch seinen eigenen Diskussionsbeitrag gegen die in der Versammlungsdebatte von jemand vorgeschlagene Loslösung Bayerns vom Deutschen Reich und Angliederung an Österreich kann Hitler Drexlers Bewunderung ernten: Der „hat a Gosch'n, den kunnt ma braucha". In der ersten öffentlichen DAP-Versammlung am 16. Oktober 1919 entdeckt Hitler die ihn beseligende Tatsache: „Ich konnte reden!"[14] Die DAP eröffnet in München am 1. Januar 1920 ihre Geschäftsstelle. Am 24. Februar 1920 führt die DAP ihre erste Massenversammlung im großen Saal des Hofbräuhauses durch, auf der Hitler die 25 Punkte des Programms der Partei vorstellt.[15] Eine Woche nach dieser Versammlung erfolgt bei Anlehnung an böhmische und österreichische Gruppierungen, die die Wörter *national* und *sozialistisch* bereits lange zuvor zur Eigenbenennung verknüpft hatten, die Umbenennung der DAP in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) bei Übernahme des Hakenkreuzes als Parteizeichen. Hitler scheidet am 1. April 1920 aus dem Heeresdienst aus, um sich nunmehr die NSDAP dienstbar zu machen.

Der deutsche Faschismus hat so eine mit dem italienischen gleichzeitige Entstehungsperiode, die die Jahre 1919 und 1920 betrifft. Dass beide als gleichartige Bewegungen in verschiedenen Nationen unterschiedliche Entwicklungsgänge absolvieren, Mussolini etwa vom italienischen König bereits Ende Oktober 1922 zum Ministerpräsidenten berufen wird, Hitler aber erst Ende Januar 1933 durch

13 Im März 1918 gründete Anton Drexler den ‚Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden'. Das fiel zeitlich mit der von Lenin in seinen bekannten Aprilthesen von 1917 geforderten Umbenennung der bolschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie in Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) am 8. März 1918 zusammen. Seit dieser Zeit gibt es den in dieser Darstellung relevanten Namen *Kommunismus* als Bezeichnung des Ziels, das sich die Mehrheitsfraktion der russischen Sozialdemokratie gestellt hat.

14 Jemand, der nichts gelernt hat, jedoch erfährt, dass er mit Reden Eintrittsgelder erwirtschaften kann, muss für seine Zukunft nach solcher Erfahrung guter Dinge werden. Vom 13. November 1919 datiert die Nachricht von einer Versammlung, in der auch Hitler geredet hat, dass dieser ein Kaufmann sei, der ‚berufsmäßiger Werberedner' werden wolle. Vgl. Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M./ Berlin (West) 1973, S. 192.

15 Vgl.: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 2000, S. 96–100.

Hindenburg zum Reichskanzler, ist natürlich keine Überraschung. Dass beide von der Anti-Hitler-Koalition militärisch Ende April / Anfang Mai 1945 besiegt werden, determiniert das zeitliche Ende des Faschismus, wie er hier als Vergleichsmittel für den Kommunismus unterstellt werden muss.

Der Kommunismus selbst hat den Faschismus relativ früh wahrgenommen: Am 15. November 1922 erscheint in der *Internationale*, der Zeitschrift, die sich der „Verbindung von kommunistischer Praxis und Theorie" widmet,[16] ein Artikel, in dem erklärt wird: „Die augenblicklichen Vorgänge in Italien, das lawinenartige Anwachsen und Aufflammen einer nationalistischen Bewegung, die von breiten Volksmassen getragen wird, lenken die Blicke nach dem Süden. Die internationale Arbeiterschaft, insbesondere die deutsche, muss sich über das Fundament und die Ursachen des Faszismus, der keineswegs eine national-italienische, sondern eine internationale Erscheinung ist, klar werden, um den auch in Deutschland drohenden Gefahren rechtzeitig begegnen zu können. [...] Wenn bisher in Deutschland der National-Sozialismus, der deutsche F., nicht eine ähnliche Bedeutung wie in Italien errungen hat, so liegt dieses einesteils an der Borniertheit und Unfähigkeit der nationalistischen Kreise innerhalb Deutschlands, [...], andernteils wohl an der höheren sozialistischen Durchbildung des deutschen Proletariers, sowie auch an den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Friedens, die eine im Interesse des Kapitalismus liegende Bewaffnung nationalistischer Volksmassen gegen den Bolschewismus nicht zuließen."[17] Jacobsen erklärt weiter: „Der Faszismus ist heute keineswegs eine Bewegung, die nur von bürgerlichen Elementen und vom Lumpenproletariat getragen wird, sondern hat ihr Fundament in breiten Bauern- und Kleinbürgermassen, ja auch Arbeitern, deren Ideologie kleinbürgerlich-syndikalistisch ist."[18]

Zwischen dem 5. November und dem 5. Dezember 1922 tagt der 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, auf dem Karl Radek im Bericht über die Offensive des Kapitals die faschistische Gefahr thematisiert. Der Kongress entschließt sich zum Konzept der Einheitsfront, das die kommunistische Politik in Deutschland auch bis zum Oktober 1923 durchhält. Radeks Sicht setzt August Thalheimer in einem Artikel zum KPD-Parteitag am 15. Januar 1923 voraus, um in Anknüpfung an Marx' *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* eine Möglichkeit des Begreifens des Faschismus anzugeben.[19] Schließlich berichtet Clara Zetkin am 20. Juni 1923 vor dem 3. Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern über den Kampf gegen den Faschismus.[20] Diese frühen kommunistischen Reaktionen auf den Faschismus sind durchweg antifaschistisch, determinieren also die kommunistische Bewegung als Gegner des Faschis-

16 Vgl. Die Internationale, 4 (1922) 1/2, S. 1.
17 Adolf Jacobsen, Der Faszismus. In: Die Internationale, 5 (1922) 10, S. 301–302.
18 Ebd., S. 302.
19 Vgl. Zwischen Jena und Leipzig (Zum Parteitag.). In: Die Internationale, 6 (1923) 2, S. 33–41. Der Artikel erschien ohne Nennung des Autors.
20 Vgl. Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus. In: dies., Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 292–329.

mus. Das ist angesichts des in Italien proklamierten Anti-Sozialismus wie des in Deutschland proklamierten Anti-Marxismus der Faschisten sicher eine Selbstverständlichkeit.[21]

Die erste historiographische Arbeit vom Fach über den italienischen Faschismus in Deutschland stammt wohl vom Historiker Ferdinand Güterbock.[22]

Mit der gegebenen historischen Skizze des Beginns des Faschismus in Italien und Deutschland scheint deutlich zu sein, dass Götz Aly richtig diagnostiziert: „Die Deutschen waren in den Jahrzehnten vor der Regierung Hitler nicht ressentimentbeladener als die übrigen Europäer, ihr Nationalismus nicht rassistischer als der anderen Nationen. Es gab keinen deutschen Sonderweg, der sich in eine plausible Beziehung zu Auschwitz setzen ließe. Der Meinung, in Deutschland habe sich ein spezieller, ein exterminatorischer Antisemitismus und Fremdenhass früh entwickelt, fehlt jede empirische Basis. Es ist irrig anzunehmen, für eine besonders folgenschwere Fehlentwicklung müssten sich spezielle, langfristig angelegte Gründe finden. Die NSDAP eroberte und konsolidierte ihre Macht aufgrund der situativen Konstellationen. Die wichtigsten Faktoren dafür finden sich in den Jahren nach 1914, nicht davor."[23] Dass eine Machteroberung auf Grund situativer Konstellationen geschieht, versteht sich von selbst. Dass aber die „wichtigsten Faktoren" für die faschistische Machteroberung in Deutschland nicht vor 1914 zu finden seien, ist eine Behauptung, die den historischen Kausalzusammenhang ignoriert. Die Machteroberer fallen ja nicht vom Himmel, sondern müssen sich konstituieren. Sie müssen Verhältnisse vorfinden, unter denen sie sich zusammenfinden können, unter denen ihr Erobererdasein überhaupt erst möglich wird. Diese Möglichkeit aber wird lange vor 1914 geschaffen. Wir werden den Faschismus nicht verstehen, wenn wir die historischen Voraussetzungen seines zeitweiligen Sieges nicht in Rechnung stellen oder gar – aus welchen Gründen immer – ignorieren. Daher ist für die historiographische Analyse der historische Rahmen weiter zu spannen als Aly meint.

An dieser Stelle sei der Kürze halber bemerkt, dass für die Charakterisierung des historischen Rahmens, wie er hier unterstellt werden soll, auf die in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts in der Wirtschaftswissenschaft von Nikolaj Dmitrievič Kondrat'ev festgestellten „langen Wellen der Konjunktur", seit den ‚Konjunkturzyklen' Schumpeters aus dem Jahre 1939 auch „Kondratieff-Zyk-

21 Das zwischen italienischen Faschisten und Sozialisten am 2. August 1921 geschlossene Friedensabkommen schloss die Kommunisten ausdrücklich aus, womit über die Entgegensetzung zwischen Faschisten und Kommunisten nicht der geringste Zweifel bestehen konnte. Das Friedensabkommen wurde von Mussolini am 15. November 1921 gekündigt.

22 Vgl. Ferdinand Güterbock, Mussolini und der Fascismus, München 1923. Das Vorwort ist auf den April 1923 datiert.

23 Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005, S. 35.

len“ genannt,[24] zurückgegriffen werden soll. Kondrat’ev hat 1922 unter Voraussetzung von Einsichten, die er sich 1919 bis 1921 erarbeitete, „*Die Weltwirtschaft und ihre Konjunkturen in der Kriegs- und Nachkriegszeit*“[25] publiziert. 1925 folgten die „Bol’šie cikly kon-junktury“ im 1. Band der „*Voprosy kon-junktury*, Moskva“. Kondrat’evs „große Zyklen“ wurden im Deutschen zu den „langen Wellen“, als ihre Darstellung zu Deutsch im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* im Dezember 1926 veröffentlicht wurde. Die Annahme der „großen Zyklen“ besteht darin, dass im Ablauf der Weltwirtschaft für umkehrbare Prozesse (z. B. Steigen und Fallen der Anzahlen beschäftigter Arbeiter, der Preise, Zinsen, Wertpapierkurse u. a.) zyklische Schwankungen um ein bestimmtes Niveau mit einer Dauer von 40 bis 60 Jahren auftreten. Diese Annahme hat es nach 86 Jahren ihrer Existenz nun sogar geschafft, in populärhistoriographischen Zeitschriften Eingang zu finden.[26]

In der Geschichtswissenschaft hat wohl zuerst Fernand Braudel gesehen, dass Kondrat’evs lange Wellen „zwei Generationen umfassen, von denen die eine Hälfte im Zeichen einer guten, die andere dagegen in dem einer schlechten Konjunktur steht“, und „nicht erst 1791, sondern schon Jahrhunderte früher auf der europäischen Bildfläche“ erscheinen.[27] Dem wird hier zugestimmt – mit der besonderen Zusatzannahme, dass der von der biologischen Anthropologie festgestellte menschliche Generationsabstand von 25 bis 30 Jahren[28] in der Normierung mit 27,5 Jahren gelten soll. Demnach bilden zwei Generationen zusammen die Zyklusdauer von 55 Jahren. Der für die Historiographie zu notierende Kon-

24 Vgl. Joseph A. Schumpeter, Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. 2 Bände, Göttingen 1961. 1939 erschien das englische Original.

25 Mirovoe chozjastvo i ego kon-junktury vo vremja i posle vojny’, Vologda 1922. (Ich benutze für russische Ausdrücke die bibliothekarische Umschrift nach Hans Holm Bielfeldts *Russisch-deutschem Wörterbuch*, 9. Auflage Berlin (Ost) 1972, S. XI).

26 Vgl. Die Wellen der Weltwirtschaft. Nikolai Kondratieff: Wirtschaftstheoretiker und Stalinopfer. In: G/Geschichte, 9/2008, S. 6–9. Der Artikel ist mit *eh* unterzeichnet, womit ich annehmen darf, dass sein Autor Erik Händler ist.

27 Fernand Braudel, Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft, München 1990, S. 84. Das französische Original erschien 1979, die deutsche Übersetzung zuerst 1986. Ebenso wird die Generationsbestimmtheit des Kondratieff-Zyklus angenommen von Ulrich Hedtke, Stalin oder Kondratieff, Berlin 1990, S. 112–113. Michael A. Alexander, The Kondratiev Cycle. A generational interpretation, San Jose 2002, S. 14–15.

28 Ich zitiere aus der Brockhaus Enzyklopädie, 19. Auflage, 8. Band, Mannheim 1989, S. 287: „*Generationsabstand, Bevölkerungswissenschaft:* der mittlere Altersunterschied zw. Eltern und deren Kindern, gemessen als Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt. Je kleiner der G., desto schneller erneuert sich die Bevölkerung. Der G. schwankt durchschnittlich zw. 25 und 30 Jahren, individuell dagegen zw. 15 und 45 Jahren. Bei der heutigen Lebenserwartung können in einer Familie vier bis fünf, in einer Bevölkerung etwa drei Generationen gleichzeitig leben.“ Normiert man die Durchschnittsangabe, so liegt der Generationsabstand anthropologisch mit 27,5 Jahren (= 330 Monate) fest. Dieselbe Angabe liefert Joachim Herrmann, Die Menschwerdung, Berlin 1984, S. 126.

dratieff-Zyklus liefert zunächst eine einfache anthropologische Kausalität, die Marx und Engels zwischen 1845 und 1846 als dritte Voraussetzung des Machens von Geschichte angegeben haben: „Das dritte Verhältnis, was hier gleich von vornherein in die geschichtliche Entwicklung eintritt, ist das, dass die Menschen, die ihr eignes Leben täglich neu machen, anfangen, andre Menschen zu machen, sich fortzupflanzen – das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, die *Familie*."[29] Würde eine lebende menschlich Population diese biologische Reproduktion beenden, würde sie ihre Geschichte aufheben und damit auch die vom Kondratieff-Zyklus vermittelte Kausalität. Tut sie es nicht, muss sie der nachfolgenden Generation ihre erworbenen Produktivkräfte (d. s. keine Produktionsmittel, sondern die Fähigkeiten, mit ihnen produktiv umzugehen) übertragen. Das aber ist das Machen von Geschichte, die doch im Aufeinanderfolgen der menschlichen Generationen wirklich ist.

Die von Schumpeter für den von ihm so genannten „bürgerlichen Kondratieff" festgestellte Dauer, die Zeit zwischen Beginn des Jahres 1843 und Ende des Jahres 1897, umfasst nun gerade die angegebene Zeit von 55 Jahren. Ich schlage vor, diese besondere Dauer bei Unterstellung der Konstanz der menschlichen Generationsdauer (nicht zu verwechseln mit der Lebenserwartung) zur Zeiteinheit für die Feststellung von Kondratieffdauern in der menschlichen Geschichte zu erheben, damit sozusagen ein Zeitetalon, einen Dauerstandard der langen Wellen zu definieren. Mit dieser Annahme ist klar, dass der dem bürgerlichen Kondratieff vorangehende die Dauer zwischen 1788 und 1842 umfasst. Das ist gerade die Zeit der klassischen industriellen Revolution. Dem bürgerlichen Kondratieff folgt die lange Welle zwischen 1898 und 1952. Schumpeter hat sie probeweise den „neomerkantilistischen Kondratieff" genannt.[30] Ich werde sie den „imperialistischen Kondratieff" nennen und darf notieren, dass es diese Dauer ist, in welcher unsere Vergleichsgegenstände, Faschismus und (bolschewistischer) Kommunismus, hervorgebracht und – sofern es den Staaten beherrschenden Faschismus angeht wie den Stalinismus[31] – beendet werden. 1898 wird in Minsk die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands gegründet, aus der heraus sich bis 1903 die bolschewistische Fraktion (die russische Mehrheitssozialdemokratie) etabliert, welche sich ab dem 8. März 1918 nach Lenins berühmten Aprilthesen von 1917 „Kommunistische Partei Russlands" nennt. Mit dieser Partei und ihrem Sieg im November 1917 verbindet sich das, was im 20. Jahrhundert in Europa „Kommunismus" genannt worden ist.[32]

29 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. In: MEW, Band 3, Berlin (Ost) 1959, S. 29.

30 Da er 1950 starb, hat er die gesamte Dauer nicht mehr empirisch thematisieren können.

31 Der Stalinismus wird im Folgenden als eine Art des realen Kommunismus aufgefasst.

32 Was den Kommunismus des 20. Jahrhunderts in Asien angeht, so steht er wohl im Zusammenhang mit dem bolschewistischen, ist aber doch so eigenständig und obendrein voll im Fluss, dass er hier gar nicht thematisierbar ist.

Die Entstehung des Faschismus hat im deutschen Sprachraum eine im Allgemeinen wenig bekannte Quelle, auf die hier wenigstens hingewiesen werden muss. Seit der Krise des bürgerlichen Kondratieff, die mit dem Börsenkrach von 1873 in Wien wirksam wird, beginnt in Österreich-Ungarn die Denunziation jüdischer Geschäftsleute als der Schuldigen. 1880 erscheint Eugen Dührings Schrift: „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage", die sogleich von den Antisemiten aufgegriffen wird.[33] Damit ist eine Komponente der Ideologie des deutschen Faschismus geboren. Im Mai 1885, d. h. im Tiefpunkt der ökonomischen Depression des bürgerlichen Kondratieff, wird wegen Einwanderung von „tschechischen Lohndrückern" in die sudetendeutschen Industriegebiete des Königreichs Böhmen eine nationalistische Reaktion spürbar: Es kommt zur Gründung des „Deutschen Gesellenvereins" in Budweis (České Budějovice). 1886 wird der „Deutsche Gesellenverein" in Reichenberg (Liberec) gegründet, 1897 gibt es bereits 26 Vereine mit mehr als 4000 Mitgliedern.[34] Sie verstehen sich als Schutzvereine gegen fremdnationale (oder, wie es in Musils Kakanien auch heißt, „fremdvölkische") Arbeitskräfte, welche die eigenen Löhne unterbieten, daher von deutschen Unternehmern lieber als deutsche Arbeiter eingestellt werden. Das ist die zweite Fundamentalkomponente des deutschen Faschismus, die im Königreich Böhmen geboren wird. Die tschechische Bevölkerung wächst schneller als die deutsche, daher trifft die Konkurrenz tschechischer Arbeiter die durch die Krise bedrohten Arbeitsplätze der deutschen Arbeiter hart.[35] Da beide national verschiedenen Arbeitergruppen nicht durch staatliche Grenzen in der Doppelmonarchie voneinander getrennt sind, nehmen tschechische Arbeiter die Arbeitsplätze, die deutsche Unternehmer bereitstellen, ein – zu geringeren Löhnen. Das ist die Komponente, die auch gegenwärtig allen geläufig ist. Sie wird jedem mit dem Slogan „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!" in

33 Engels' ‚Anti-Dühring' erschien 1878, zwei Jahre vor Dührings rassistischer Begründung des Antisemitismus, die den alten christlichen mit säkularer Deutung ablöste. Gerda Heinrich danke ich den Hinweis, dass der rassistisch begründete Antisemitismus bereits mit Christoph Meiners (1747–1810, Professor für Philosophie in Göttingen) in der Aufklärung auftritt. Vgl. Christoph Meiners, Grundriss der Geschichte der Menschheit, Lemgo 1785; ders., Über die Natur der Afrikanischen Neger, und die davon abhangende Befreyung, oder Einschränkung der Schwarzen. In: Göttingisches Historisches Magazin von Christoph Meiners und Ludwig Timotheus Spittler. Band 6, Hannover 1790, S. 385–456. Über Christoph Meiners vgl. Friedrich Lotter, Christoph Meiners und die Lehre von der unterschiedlichen Wertigkeit der Menschenrassen. In: Hartmut Boockmann/Hermann Wellenreuther (Hg.), Geschichtswissenschaft in Göttingen. Eine Vorlesungsreihe, Göttingen 1987, S. 30–75.

34 So der Hinweis von Hans Hautmann in seinem Artikel über den sudetendeutschen Nationalsozialismus. Vgl.: http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Hautmann_3_02.html, S. 2.

35 Dieses Phänomen unterschiedlichen demographischen Wachstums hat jüngst Serbien im Kosovo getroffen, wo die albanische Bevölkerung die serbische schließlich überwog und die Trennung des den Serben heiligen Amselfelds von ihrem Staat induzierte. Solche Trennung haben nach der faschistischen Niederlage 1945 die Deutschen in Böhmen und woanders erlebt.

die Ohren gebrüllt. Das so Gehörte zu verstehen, heißt, die Möglichkeit eines neuen Faschismus zu begreifen.[36] Dieser ist ohne eine handfeste Basis in der Arbeiterschaft nicht denkbar. Und wo sie zu finden ist, lehrt die frühe böhmische Erfahrung des deutsch-tschechischen Gegensatzes unter Arbeitern.

Nun muss man noch den Nationalismus bedenken, der in der Donaumonarchie eine ganz eigentümliche Entwicklung genommen hat, auf die hier nicht eingegangen werden kann, ohne den aber die Genesis des Faschismus nicht vorstellbar ist. Denn dieser ist immer hypertropher Nationalismus. In Österreich-Ungarn findet er im „Badeni-Jahr" 1897 seinen wildesten Ausdruck. Der Premier Badeni dekretiert die Gleichwertigkeit der tschechischen Sprache mit der deutschen in den böhmischen Ländern, was zu Toten bei Demonstrationen in Graz führt, das ja keine böhmische Stadt ist. Da die Deutschen nicht das Tschechische erlernen, versteht sich, dass nach der Badeni-Verordnung künftig alle Beamten in Böhmen (und die Doppelmonarchie hat proportional die höchste Beamtenanzahl aller europäischen Staaten!) Tschechen sein werden. Das empört die Deutschen, die ihre Sprache als Staatssprache verordnet sehen wollen, obwohl sie eine Minderheit in der Bevölkerung Kakaniens sind. Die Badeni-Verordnung fällt (auch der Kaiser möchte wenigstens auf das Deutsche als Kommandosprache beim Militär nicht verzichten). Der nationale Gegensatz (in der Doppelmonarchie auch „völkisch" genannt[37]) ist unüberwindlich geworden.

1898 wird die „Česka Strana Narodni Socialni" in Böhmen gegründet, welche in deutscher Sprache den Namen „Tschechische National-Sozialistische Partei" führt. Diese Partei wollte einen „slawischen Sozialismus" und das Bündnis mit

36 Ich sage das mit speziellem Blick auf die bekannte Faschismus-Definition der Komintern, in welcher nur das „Finanzkapital" als Träger des Faschismus ausgemacht wird. Ich verstehe sehr wohl, dass Parteien, welche sich als Arbeiterparteien deuten, den romantischen „klassenbewussten" Arbeiter präferieren, daher einen Arbeiter, der seinen Kollegen als Lohndrücker vertreibt, weder gerne vorstellen noch gar denken wollen. Aber das ist nur die gewöhnliche ideologische „Reduktion von Komplexität", die ich hier nicht betreiben mag.

37 In Deutschland weiß man der Sache nach nicht, was „völkisch" eigentlich meint, weil Kaiser Franz Josefs Empfinden, wenn er von „seinen Völkern" spricht, im – wie man heute sagt – „ethnisch reinen" Deutschland gar nicht nachempfunden werden kann. Wer verstehen will, was „deutschvölkisch" wirklich meint, muss das Wort „vielvölkisch" als in Österreich-Ungarn verwendeten und ziemlich genau den Sachverhalt der Donaumonarchie erfassenden Terminus in Rechnung stellen (im Reichstag waren 10 Sprachen zugelassen). Wer glaubt, das Adjektiv „völkisch" sei an sich ein Nazi-Wort, hängt in Wahrheit von der Nazi-Sprache ab und zeigt nur, dass er die wirkliche Geschichte nicht kennt. Ich gebe gerne zu, dass diese Kenntnis nach 1945, d. h., um es tschechisch zu sagen, nach dem Odsun (Abschub) der Deutschen von der Wolga bis zur Oder-Neiße schwer zu gewinnen ist. Wo sie aber zum Begreifen einer Sache gehört, muss sie erworben werden. In diesen Zusammenhang gehört auch das berüchtigte Wort *Volksgemeinschaft*. Wer keine andere als die seine kennt, weiß wenig von der gemeinten Bedeutung. Wer aber unter den vielen Völkern des Kaisers herumreist, weiß sehr wohl, wann er bei der eigenen zu Hause ist und bei den anderen in der Fremde. Im Übrigen ist es dumm, seinen Sprachgebrauch von Ideologen diktieren zu lassen, die längst über alle Berge sind.

dem zaristischen Russland. Nach 1945 wird die Partei neu formiert und führt dann den im Deutschen heute weniger anrüchigen Namen „Volkssozialistische Partei“. Sie grüßt am 19. Februar 1948 alle „Mitglieder der Partei, besonders“ die Arbeiter „und Angestellten in den Fabriken, die der kommunistischen Terrorwelle ausgesetzt sind“.[38] Dieser Terror bestand in der von den Kommunisten geforderten weiteren Nationalisierung sowie in ihrer Kontrolle der Polizei.

Gegen die tschechische Opposition werden deutsche Organisationen in Böhmen gebildet. Der Buchdruckergehilfe Ferdinand Burschoffsky gründet im April 1898 in Mährisch-Trübau (Moravská Třebová) den „Verband deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen Österreichs“. Am 8. Dezember 1902 wird auf einer Tagung der deutsch-nationalen Arbeiterschaft, die 30.000 organisierte Arbeiter umfasst, in Reichenberg (Liberec) der Beschluss gefasst, die selbständige „Deutsche Arbeiterpartei in Österreich“ (DAP) zu gründen. Die Gründung erfolgt am 15. November 1903 in Aussig (Ustí n. L.). Im August 1904 wird das Programm der DAP in Trautenau (Trutnov) beschlossen. Der Wiener Parteitag vom 2. bis 4. Mai 1918 gestaltet das Trautenauer Programm um und beschließt den neuen Namen „Deutsche National-Sozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP). Rudolf Jung, der Marx Konkurrenz machen möchte, publiziert 1919 sein Werk „Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele“.[39] Drexlers und Hitlers DAP übernimmt nach diesem Vorgang 1920 den Namen Nationalsozialismus[40] von den Vorläufern aus der liquidierten Doppelmonarchie.

Wie wir sehen, ist die Genesis des deutschen Faschismus und des russischen Kommunismus ein Vorgang, der in der Prosperitätsphase des imperialistischen Kondratieff (sie währt von 1898 bis zum Herbst 1911) vor sich geht. Die zugehörige Rezessionsphase dauert vom Herbst 1911 bis zum Sommer 1925, während die Depression im Sommer 1925 einsetzt, 1929 bis 1933 die Weltwirtschaftskrise einschließt, im Frühjahr 1939 ihren Tiefpunkt erreicht, um sodann vom Frühjahr 1939 bis zum Ende des Jahres 1952 in die Erholungsphase überzugehen.[41] Mit dieser historischen Gliederung ist empfohlen zu bemerken, dass der 1. Welt-

38 Zit. nach Walter Storm, Was geschah in Prag? Die Ereignisse im Februar 1948, Berlin 1949, S. 28.

39 Die dritte, vollständig umgearbeitete Auflage, München 1923, widmet Jung „Adolf Hitler und den Seinen”, und dieser empfiehlt sie allen Ortsgruppen der NSDAP.

40 Hitler fand das Wort *Sozialismus* nicht passend, sondern bevorzugte das Adjektiv *sozialrevolutionär*, ließ sich dann aber mit der großdeutschen Intention auf den Vorschlag seiner böhmischen Brüder ein. Doch er blieb der Kommandeur, und damit wurde nicht Wien, sondern München „Hauptstadt der Bewegung“.

41 Ein Lehrgang über Zyklentheorie kann hier natürlich nicht gegeben werden. Daher bemerke ich nur, dass die Viertelung einer Konjunkturwelle die Phasen Prosperität, Rezession, Depression und Erholung determiniert. Sie haben alle die Dauer von 13,75 Jahren, wenn der Kondratieff-Zyklus mit 55 Jahren vorausgesetzt wird. Man fasst auch Prosperität und Rezession als Prosperität zusammen sowie Depression und Erholung, falls man die Kondratieff-Dauer halbiert. Mit dieser Einteilung erkennt der Leser sofort: Stalinismus und herrschender Faschismus sind Depressionsphänomene des imperialistischen Kondratieff.

krieg nicht die „Urkatastrophe“ eines „kurzen Jahrhunderts“ ist, sondern die Konsequenz des in der Prosperitätsphase gesetzten imperialistischen Gegensatzes zwischen der Entente und den so genannten Mittelmächten. Dieser Gegensatz beginnt 1897 mit der europäischen Attacke auf China, begleitet von der preußisch-deutschen Phrase über das Recht auf den „Platz an der Sonne“ (Russland und Frankreich folgen Deutschland in China auf dem Fuße). Er beginnt weiter im Frühjahr 1898 mit dem Angriff der USA auf Spanien, begründet mit der Presselüge vom spanischen Angriff auf einen US-Schlachtkreuzer im Hafen von Havanna.[42] Das ist genau der Imperialismus, von dem Lenin nach dem Studium J. A. Hobsons und R. Hilferdings Mitteilung macht.[43] In ihm geht es um die Neuverteilung der Kolonien (Spanien verliert die Philippinen an die USA und muss Kuba aufgeben, das nun zum Hinterhof des Siegers wird). Der deutsche Kaiser kann sein Flottenrüstungsprogramm zu Beginn des Kondratieff 1898 vom Deutschen Reichstag als bewilligt erfahren, womit Großbritannien ins Bündnis mit Frankreich und Russland getrieben wird. Er hält Reden, die den übelsten Faschistengeist vorweg nehmen („Pardon wird nicht gegeben“ heißt es in seinen Ermunterungen der deutschen Truppe, die den Verteidigern der chinesischen Souveränität den Garaus machen soll; das wird Hitler gegen kommunistische Kommissare der Roten Armee wiederholen). Im Niederschlagen des Herero-Aufstands ist der Völkermord durch einen deutschen kaiserlichen Offizier gesetzt. Südwestafrika (heute Namibia) lernt auch deutsche Konzentrationslager kennen (nach dem Vorbild der britischen, die im Burenkrieg eingeführt werden), während in Ostafrika (heute Tansania) bereits die Militärpolitik der verbrannten Erde exekutiert wird. Der imperialistische Kondratieff wird mit allen faschistischen Möglichkeiten, die aktuell verfügbar waren und besonders in der Kolonialpolitik eingeübt wurden, eröffnet. Freilich musste das Gas zur Menschenvernichtung erst noch erfunden werden. Das vollbrachte 1915 ausgerechnet Haber, der Nobelpreisträger für Chemie.

Um die hier vorgeschlagene Zeitordnung in einer Skizze deutlicher zu machen, möchte ich die folgende Präsentation historischen Stoffes an ausgewählten Ereignissen, die jeder nach eigenem Ermessen variieren kann, notieren. Die Darstellung dient dazu, nach vier Dimensionen den Inhalt des imperialistischen Kondratieffs knapp zu übersehen. Natürlich muss der Leser mit Angabe der Daten geschichtliche Vorgänge verbinden, deren Kenntnis unterstellt wird.[44]

---

42 Dieses Muster haben die USA unter Bushs christlicher Führung im Irak kopiert.

43 Wladimir I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss. In: ders., Werke. Band 22, Berlin (Ost) 1960, S. 189–309. Zwei Jahre nach dieser Schrift publizierte Joseph A. Schumpeter seine Darstellung „Zur Soziologie der Imperialismen“. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 46, Heft 1 und 2, Tübingen 1919, worin die Imperialismustheorie unter Einschluss der klassischen Antike einen weiteren historischen Rahmen erhält.

44 Die erste Linie soll den Höhepunkt der Prosperität markieren, die zweite den Durchgang durch die ökonomische Gleichgewichtslage beim Eintritt in die Depression, die dritte schließlich den Tiefpunkt der Depression. Natürlich können die notierten Daten

Die gebotene Darstellung kann selbstverständlich für jeden Kondratieff-Zyklus erarbeitet werden. Das hat die bemerkenswerte historiographische Konsequenz der Konstitution von Vergleichsobjekten, die ohne solche (zugegeben: spekulative oder konstruktive) Voraussetzung gar nicht gewonnen werden können. Da jeder Kondratieff-Zyklus die schon genannten vier Phasen hat, können wir z. B. gleichartige Phasen verschiedener Zyklen miteinander vergleichen. Instruktiv ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, die ich dem Leser zu finden überlassen muss: Alle europäischen Revolutionen (deutsche Reformation und Bauernkrieg 1517–1525, niederländische Revolution 1568–1609, englische Revolution 1642–1649, französische Revolution 1789–1799, europäische Revolution 1848–1849, russische Revolution 1905–1907) sind Vorgänge in Prosperitätsphasen (die niederländische geht bis zum Waffenstillstand von 1609 über diese Phase noch hinaus). Damit stimmt die Marxsche Annahme von der Krise als Revolutionsermöglichung nicht mit den empirischen Tatsachen überein. Krisen bzw. Depressionen sind in der Regel vielmehr Zeiten der Restauration. Sehr schön zeigt sich das im Vergleich mit der Dauer des Bismarckschen Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890. Das sind 12 Jahre, die im bürgerlichen Kondratieff genau so zeitlich geordnet sind wie die 12 Jahre Faschismus von 1933 bis 1945 im imperialistischen Kondratieff. Der zeitliche Abstand zwischen Beginn und Ende beider Prozesse beträgt ziemlich genau 55 Jahre, also die Dauer eines Kondratieff-Zyklus'. Weitere Vergleiche mag jeder selbst anstellen.

Da mein Thema der Vergleich des Kommunismus mit dem Faschismus ist, muss ich an dieser Stelle die Präsentation meines Denk- und Begriffssystems abbrechen, um auf seiner Basis zur Sache zu kommen. Ich hoffe, dass wenigstens eine halbwegs hinreichende Anzeige gegeben werden konnte, die potent ist, die folgende Vergleichung plausibel zu machen. Mit anderen Worten: Meine Sicht der Vergleichbarkeit biete ich am besten mit der wirklichen Vergleichung dar.[45]

Zu diesem Zweck muss zunächst der Faschismus als das angenommene Mittel des Vergleichs *bestimmt* werden. Sodann handelt es sich darum, den Kommunismus unabhängig vom Faschismus zu bestimmen. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann wissenschaftlich ernsthaft ein Vergleich vorgenommen werden.

---

für den Leser nur Signale sein, zu denen er sich die fraglichen geschichtlichen Vorgänge denken muss.

45 Es sei noch notiert, dass der Gebrauch der Kondratieff-Zyklen nach Schumpeter selbstverständlich mit weiteren aus der Ökonomie bekannten Zyklen einhergehen kann. Wegen der Zyklen bietet im Übrigen auch die Geschichte Möglichkeiten, die analytische Methode anzuwenden. Zum Vergleich verweise ich auf meine Darstellung, „Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte". In: Konfliktforschung Aktuell, 7 (1999) 2–3, S. 44–79; auch in http://www.peter-ruben.de nachzulesen. Des Weiteren Peter Ruben, Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotential. In: Berliner Debatte Initial, 19 (2008) 4, S. 47–62.

Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1898	Radium entdeckt (Curie)	Deutscher Flottenbau beginnt
1899	Erste elektrische U-Bahn in Berlin	Deutschland produziert fast 4 Mill t Thomasstahl
1900	2.7.: Luftschiff LZ 1 startet (Zeppelin)	Goldstandardgesetz der USA
1901	Erster drahtloser Funk über Atlantik (Marconi)	Erstes Mercedes-Modell auf dem Markt
1902	Transsibirische Eisenbahn eröffnet	Industrial Bank of Japan nach Modell des Crédit Mobile de France gegründet
1903	17.12.: Erster Motorflug (Gebr. Wright)	Juni: Gründung der Ford Motor Comp.
1904	Erstes Großdieselkraftwerk (MAN, Kiew)	
1905	19.11.: Erster Autobus fährt in Berlin	16.1.: Putilow-Arbeiter beschließen Ausstand
1906	Erstes U-Boot in Kiel gebaut	US-Regierung untersagt weitere Expansion der Standard Oil
1907	Hubschrauberflugversuch (Cornu)	12.6.: In Tiflis 300.000 Rbl. (Geldtransport) „expropriiert“
1908	Erstes Ford-Modell T gebaut	Sozialversicherungsgesetzgebung in England beginnt
1909	Ammoniaksynthese (Haber-Bosch)	Gründung der Anglo-Iranian Oil Comp. (AIOC)
1910	Turbinen haben Dampfmaschinen verdrängt	27.6.: Gesetz zur Stolypinschen Agararpolitik
1911	Erstes elektrisches Fernsehbild (Zworykin)	Oberstes US-Gericht ordnet Auflösung der Standard Oil an
1912	14./15.4.: Untergang der *Titanic* (1517 Tote)	Abkommen der Dt. Bank mit der Turkish Petroleum Comp.
1913	Erstes Montagefließband (Ford)	Außenhandel.: GB: 24,1 Mrd M; D: 20,9 Mrd.; USA: 17,7 Mrd
1914	15.8.: Panamakanal eingeweiht	1914 – 1919 steigt Japans Export auf das Vierfache
1915	Erstes Ganzmetallflugzeug (Junkers)	Alle kriegführenden Staaten geben Goldstandard auf
1916	Elektronenbindung entdeckt (Lewis)	26.10.: Deportation belgischer Arbeiter nach Dtld. beginnt
1917	Erster Farbfilm	Dekret über Grund und Boden in Sowjetrußland
1918	Erste zuverlässig elektrische Uhren	11.6.: Dekret über Komitees der Dorfarmut in Sowjetrußland
1919	14./15.6.: Erster Nonstopflug über Atlantik	
1920	Erste Rundfunkstation (USA)	16.1.: Alliierte beenden Wirtschaftsblockade Sowjetrußlands
1921	Kunstseideproduktion beginnt (Gebr. Dreyfus)	22.2.: Staatliche Plankommission in Sowjetrußland gebildet
1922	1.9.: Erster Radiosender (*Komintern*, Moskau)	Sowjetstaat eignet sich russische Kirchenschätze an
1923	Erster LKW mit Dieselmotor (MAN)	16.11.: Währungsstabilisierung in Deutschland beginnt
1924	Alpha-Teilchen vom Atomkern getrennt	16.8.: Londoner Reparationsabkommen (Dawes-Plan)

Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1925	Fischer-Tropsch-Verfahren: Treibstoffsynthese	Bau von Hinterhöfen in Berlin untersagt
1926	16.3.: Erste Flüssigtreibstoffrakete (Goddard)	
1927	Erster Alleinflug über Atlantik (Lindbergh)	21.4.: Carta del Lavoro in Italien beschlossen
1928	Geiger-Müller-Zählrohr erfunden	15.1. – 6.2.: Stalin in Sibirien (2 Mill t Getreide fehlen)
1929	Riesenflugboot DO X mit 158 Fluggästen	24.10.: Börsenkrach in New York; Weltwirtschaftskrise beginnt
1930	Erster Analogrechner (MIT, Massachusetts)	3.1.: Liquidation der „Kulaken als Klasse“ staatlich verordnet
1931	Erstes Elektronenmikroskop	Großbritannien gibt den Goldstandard auf
1932	Radiowellen aus dem Weltall beobachtet	9.7.: Ende der deutschen Reparationszahlungen beschlossen
1933	Erste Autoreifen aus Buna	15.3.: Getreideeinhebung in der Ukraine eingestellt (Hunger)
1934	Atomkernvergrößerung gelingt (Joliot-Curie)	31.1.: Dollar um 59,6% abgewertet
1935	Nylonsynthese gelingt (Carothers)	Bau des Hoover-Staudamms zur Überwindung der Krise
1936	Agfaclor-Farbfilm entwickelt (Koslowsky)	Der Goldstandard ist allgemein aufgegeben
1937	6.5.: Luftschiffkatastrophe in Lakehurst, USA	
1938	Urankernspaltung (Hahn, Straßmann)	Das Deutsche Reich hat 42 Mrd. RM Schulden
1939	Erstes Düsenflugzeug (Heinkel)	September: Volkswagenwerk ist errichtet
1940	Radaranlagen eingesetzt	Arbeitsgesetze der UdSSR, verbieten persönliche Kündigung
1941	Programmgesteuerter Rechner Z 3 (Zuse)	11.3.: US-Senat nimmt Leih- und Pachtgesetz an
1942	3.10.: Rakete A 4 steigt auf 90 km Höhe	Bis Januar: 1523 Industriebetriebe in SU nach Osten verlegt
1943		18.2.: „Totaler Krieg“ in Deutschland verkündet
1944	Programmgest. Computer MARK I (USA)	Konferenz von Bretton Woods: IWF, Weltbank, Dollar als internationale Leitwährung mit Goldumtausch
1945	6./9. 8: Atombombenabwürfe	
1946	Atomuhr erfunden (Libby)	1.–18.3.: Gründungssitzung der Weltbank
1947	Flugzeug erreicht Überschallgeschwindigkeit	5.6.: Marshall-Plan vorgeschlagen
1948	IBM 604, erster lochkartengesteuerter Rechner	20.6.: Währungsreform in Westdeutschland
1949	23.9.: USA teilen sowj. Atombombenexplosion	25.1.: Gründung des RGW
1950		Europa hat 576 Mill. Einwohner
1951	Brutreaktor in Arco liefert elektrische Energie	18. 4.: Montanunionvertrag; Iran verstaatlicht AIOC
1952	1.11.: Wasserstoffbombentest (Eniwetok-Atoll)	16.5.: Lastenausgleichsgesetz in der BRD

Zeit	Politik	Kultur und Wissenschaft
1898	Gründung der SDAPR; Krieg der USA gegen Spanien	R. Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution*
1899	11.10.: Buren erklären England den Krieg	D. Hilbert: *Grundlagen der Geometrie*
1900	Britische Annexion der Burenrepubliken	14.12.: M. Planck teilt Wirkungsquantum mit
1901	1.1.: Commonwealth of Australia errichtet	
1902	30.1.: Britisch-japanisches Bündnis beschlossen	W. Sombart: *Der moderne Kapitalismus*
1903	Aug.: 2. SDAPR-Parteitag in Brüssel und London	G. E. Moore: *Principia Ethica*
1904	6.2.: Japanische Flotte überfällt russische in Port Arthur	L. Trotzki: *Unsere politischen Aufgaben*
1905	1905/07: 1. russische Revolution beginnt; 1905/11: Persische	A. Einstein: Spezielle Relativitätstheorie
1906	Revolution	V. Pareto: *Manuale di economia politica*
1907	31.8.: Brit.-russ. Vereinbarung über Persien (Aufteilung)	K. Kautsky: *Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung*
1908	Österreich-Ungarn annektiert Bosnien und Herzegowina	
1909	1908/09: Türkische Revolution	Lenin: *Materialismus u. Empiriokritizismus*
1910	Korea von Japan besetzt; 5.10.: Revolution in Mexiko beginnt	Whitehead, Russell: *Principia Mathematica*
1911	2. Marokko- Krise; Revolution in China beginnt	E. Husserl: *Philosophie als strenge Wissenschaft*
1912	1.1.: China als Republik proklamiert	J. Schumpeter: *Theorie d. wirtsch. Entwicklung*
1913	2. Balkankrieg	
1914	1.8.: Beginn des Ersten Weltkrieges	
1915	23.5.: Kriegseintritt Italiens	A. Einstein: Allgemeine Relativitätstheorie
1916	27.8.: Kriegseintritt Rumäniens	
1917	8.3. : Beginn der 2. russischen Revolution	Okt.: Proletkult gegründet (A. A. Bogdanow)
1918	Okt./Nov.: Kapitulation der Mittelmächte	28.1.: Religionsunterricht an russischen Schulen verboten
1919	31.7.: Annahme der Weimarer Verfassung in Deutschland	
1920	10.1.: Versailler Vertrag tritt in Kraft	N. Bucharin: *Ökonomik d. Transformationsper.*
1921	21.2.: Rote Armee dringt in Georgien ein	
1922	Gründung der UdSSR	31.8.: 160 Intellektuelle aus Rußland ausgew.
1923	Okt.: KPD-Aufstand in Hamburg, Nov.: Hitler-Putsch	G. Lukács: *Geschichte und Klassenbewußtsein*
1924	Febr.: Anerkennung der UdSSR durch Italien, Großbritannien	J. Stalin: *Über d. Grundlagen. d. Leninismus*
1925	Hindenburg wird Reichspräsident	W. Heisenberg: Quantenmechanik
1926	Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund	E. Schrödinger: Wellenmechanik
1927	Dez.: Ausschluß der Opposition aus der KPR (B)	22.12.: Bechterew diagnostiziert Stalins Paranoia und stirbt 2 Tage später

Zeit	Politik	Kultur und Wissenschaft
1928	27.8.: Briand-Kellog-Pakt (Kriegsächtung) unterzeichnet	
1929	20.1.: Trotzki aus der UdSSR ausgewiesen	27.12.: Rede Stalins vor Agrarwissenschaftlern
1930	27.3.: SPD-Minister scheiden aus dt. Regierung aus	3.9.: Mitteilung zur Verhaftung von Ökonomen
1931	18.9.: Japan beginnt Besetzung der Mandschurei	13.3.: GPU besetzt Marx-Engels-Institut
1932	30.5.: H. Brüning tritt zurück	
1933	30.1.: Hitler wird deutscher Reichskanzler	10.5.: Öffentliche Bücherverbrennung in Deutschland
1934	30.6.: Ermordung Röhms; 1.12.: Ermordung Kirows	K. R. Popper: *Logik der Forschung*
1935	3.10.: Italienischer Überfall auf Äthiopien beginnt	
1936	18.7.: Beginn des spanischen Bürgerkriegs	J. Keynes: *General Theory ...*
1937	Moskauer Prozesse (1936 – 1938)	H. Pirenne: *Mahomet et Charlemagne*
1938	29.9.: Münchener Abkommen	Sept.: *Geschichte d. KPdSU(B). Kurzer Lehrg.*
1939	1.9.: Zweiter Weltkriegs beginnt; 17.9.: Rote Armee in Polen	16.5.: I. Babel verhaftet
1940	22.6.: Waffenstillstand von Compiègne	20.8.: Attentat auf Trotzki
1941	22.6.: Deutschland überfällt UdSSR, Japan die USA am 7.12.	29.6.–26.8.: G. Lukács in SU inhaftiert
1942	Okt./Nov.: Gegenoffensiven bei El-Alamein u. Stalingrad	Schumpeter: *Capitalism, Socialism...*
1943	Sept.: Italienische Kapitulation	9.9.: Wahl eines Patriarchen von Moskau
1944	20.7.: Attentat auf Hitler	K. Polanyi: *The Great Transformation*
1945	8.5.: Deutsche Kapitulation; 2.9.: Japanische Kapitulation	8.7.: Gründung des Kulturbundes
1946	21./22.4.: Gründung der SED; 6.9.: Byrnes-Rede in Stuttgart	
1947	Indien wird Dominion; Sept.: Kominformbüro gebildet	M. Merleau-Ponty: *Humanisme et terreur*
1948	Mai: Stalin weist Berija an, „Titoisten“ zu finden	4.12.: Freie Universität Berlin eröffnet
1949	1.10.: Gründung der VR China; 7.10. Gründung der DDR	24.5.: E. Blochs Antrittsvorlesung in Leipzig
1950	Indien wird unabhängige Republik; 25.5.: Korea-Krieg beginnt	
1951	23.5.: Die VR China gliedert Tibet ein	Philos. Fachstudium in der DDR beginnt
1952	Juli: „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR beschlossen	W. Eucken: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*

III. Der Faschismus

Ich habe angedeutet, dass aus dem Königreich Böhmen der „nationale Sozialismus“ als Name des deutschen Faschismus importiert worden ist. Es gibt Historiker, die darauf bestehen, einen Unterschied zwischen dem deutschen „Nationalsozialismus“ und dem italienischen Faschismus zu machen (weil z. B. letzterer den typischen deutschen Antisemitismus originär nicht enthielt, sondern erst durch die Abhängigkeit Mussolinis von Hitler in sich aufnehmen musste). So wird denn der Name *Nationalsozialismus* für den deutschen Faschismus beibehalten – gewiss nicht ohne den listigen Hintergedanken, dass mit dieser Art von Sozialismus auch die ganze Gattung erledigt ist. CDU-Ideologen aus dem Saarland entdecken dann auch bei ihrem Landsmann Lafontaine einen „Steinzeitsozialismus“, während Sozialdemokraten aber den „demokratischen Sozialismus“ denn doch nicht so ohne weiteres preisgeben möchten. Was tun?

Ein guter Freund hat mir versichert: Es hat keinen Sinn, den gegenwärtigen Gebrauch des Wortes *Sozialismus* zu attackieren. Ich will es an dieser Stelle dann aber doch noch einmal versuchen. Der Name *Nationalsozialismus* bezeichnet haargenau dasselbe wie der Name *Einhorn,* die Bezeichnung *Engel* etc. – nämlich nichts, extensional gesprochen: die leere Klasse (oder Menge). Das haben die böhmischen Einführer dieses Wortes im Stillen auch gewusst. Sie haben nämlich das Wort *Sozialismus* gebraucht, um den Arbeitern, die mit der sozialistischen Ideologie der II. Internationale bekannt waren, zu suggerieren, dass sie so ungefähr das wollten, was die internationalistischen Sozialdemokraten auch wollten, nur eben national oder deutschvölkisch – gegen die Konkurrenz tschechischer Arbeiter, welche als tschechischvölkisch, bitteschön, doch von tschechischen Unternehmern eingestellt werden sollten.

Diese einfache Vorstellung hat die Bestimmung der Nation oder des Volkes zur Voraussetzung. Die deutschnationalen Ideologen hätten nun sagen müssen, was sie denn unter den Wörtern *Nation* und *Sozialismus* verstehen wollten, damit klar würde, was sie meinten, wenn sie vom *Nationalsozialismus* sprachen. Die Nation ist die politische *Gemeinschaft* der – mit Kant gesprochen – Staatsbürger (das ist die nicht gute, aber unvermeidliche Übersetzung des französischen Wortes *citoyen*), die in dieser oder jener Verfassung den Staat konstituiert. Dieser wieder ist für seine individuellen Glieder, die Staatsbürger, der Verwalter ihres Gemeineigentums, das er in Form der Steuer mit ihrer Zustimmung an sich zieht. Was die Nation zahlt, gibt er aus. Die Nation ist aber keine *Gesellschaft*, keine societas (auch keine society), in der man als Person mit seinem eigenen Gesellschafteranteil zwar Mitglied ist, die aber kein Gemeineigentum hat. Die Gesellschaft konstituiert sich, wenn Gemeinschaften oder Personen in ein Vertragsverhältnis miteinander eintreten. Inhalt des Vertrages ist in der Regel der Austausch, die zugehörige Preisbildung insbesondere, der Informationsaustausch am Kamin oder der Warenaustausch, der Ein- und Verkauf. Eine Nation ist, da sie nur im Verhältnis zu anderen Nationen besteht und in der Regel mit

diesen in den wirtschaftlichen Austausch tritt (so sie keinen Krieg gegen andere Nationen führt), Glied in der Gesellschaft aller Nationen, die sich im Weltmarkt darstellt. Der Ausschluss anderer Nationen etwa vom Tauschverkehr ist gesellschaftsfeindlich (wie im Inneren der Nation die kommunistische Ersetzung des Marktes durch die Zuteilung gesellschaftsfeindlich ist). Das Wort Gesellschaft wird im Deutschen für die Bezeichnung dessen verwendet, was lateinisch auch die societas genannt wird.

Das Wort *Sozialismus* kann – bei vernünftigem Sinn – überhaupt nichts anderes meinen als eine besondere Art der Gesellschaftlichkeit, eine Sozialitäts- oder Sozialordnung bzw. *Gesellschafts*ordnung. Wenn aber eine Nation keine Gesellschaft, sondern eine Gemeinschaft ist, muss der „nationale Sozialismus" eine *gemeinschaftliche Gesellschaft* meinen.[46] Das aber ist das Gleiche wie eine multiplikative Addition, eine konjunktive Adjunktion, also eine Contradictio in Adjecto, d. h. ein logischer Widerspruch durch Fehler in der Beifügung des Adjektivs *national* zum Substantiv *Sozialismus*. Sozialismus ist a priori internationalistisch oder gar nicht vorhanden.[47]

1. Kurzer Exkurs über Gemeinschaft und Gesellschaft

Um das einzusehen, muss ich auf Ferdinand Tönnies verweisen, der in der deutschen Sozialtheorie zuerst den Unterschied zwischen der Gemeinschaft und der Gesellschaft 1887 dargestellt hat.[48] Zur Grundlegung der Soziologie unterschei-

46 Es ist bei all diesen sozialtheoretischen Erwägungen wichtig, die fremdsprachlichen Ausdrücke in die Muttersprache zu übersetzen. Denn nur in ihr hat man passende, adäquate Vorstellungen zur Verfügung. Mit Fremdwörtern lässt sich auch jeder Unsinn verkaufen, worauf es im Jargon der Werbung ja auch ankommt.

47 Die Phrase vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande" meint selbstverständlich den Aufbau des Kommunismus in einem Lande. Das wusste Stalin und die Komintern ganz genau, denn sie haben das Wort *Sozialismus* als Namen für die von Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms* genannte „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft" (vgl. MEW, Band 19, S.21) eingeführt – aus ideologischen Gründen, nämlich um der II. Internationale die sozialistische Intention zu bestreiten (vgl. die vom 2. Kominternkongress angenommenen *Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale*. In: Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S. 746–766; dort wird gleich zu Beginn des zweiten Punkts en passant „Sozialismus (als erste Stufe des Kommunismus)" erklärt). Es ist aber klar, dass Sozialismus als erste Phase oder gar „erste Stufe" der kommunistischen Gesellschaft Kommunismus ist, diejenige Art des Kommunismus, die der „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft" vorangeht. Das ist der unsägliche „Sozialismusbegriff", den wir heute mit uns herumschleppen. Hitlers „Nationalsozialismus" und Stalins „Sozialismus" beherrschen noch immer die Gehirne der Lebenden. Machen wir doch endlich Schluss damit!

48 Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen, Leipzig 1887. Diese Grundlegung der deutschen Soziologie erschien 1920 in der 3. Auflage mit dem Untertitel „Grundbegriffe der reinen Soziologie". Kommunismus und Sozialismus verschwanden wohl

det er zwischen bejahenden (positiven) und verneinenden (negativen) Wirkungen menschlicher Willen, d. h. menschlicher Handlungen der Einzelwesen in Bezug aufeinander. „Diese Wirkungen sind [...] entweder so beschaffen, dass sie zur Erhaltung, oder so, dass sie zur Zerstörung des anderen Willens tendieren."[49] Die Verhältnisse gegenseitiger Bejahung sind nun die, auf die Tönnies' Theorie gerichtet ist. Diese Lehre schließt so den Krieg, die Unterwerfung, die Versklavung als Gegenstände ihrer Erkenntnis aus. Der Imperialismus als gewaltsame Unterwerfung eines Volkes durch ein anderes kommt in der Tönniesschen Grundlegung der Soziologie nicht vor.

Jedes Verhältnis gegenseitiger Bejahung nun, so Tönnies, „stellt Einheit in der Mehrheit oder Mehrheit in der Einheit dar". Und weiter heißt es: „Die durch dieses positive Verhältnis gebildete Gruppe heisst [...] eine *Verbindung*." Die Verbindungen aber unterscheiden sich für Tönnies als Gemeinschaften einerseits und Gesellschaften andererseits. Nach dem Vorgang der klassischen deutschen Naturphilosophie nennt er Gemeinschaften „reales und organisches Leben", die Gesellschaft aber eine „ideelle und mechanische Bildung".[50] Das ist eine andere Ausdrucksweise für die Unterscheidung der Organismen von den Mechanismen. Sie hat mit dem Verschwinden des Kategoriengefüges der klassischen Naturphilosophie aus dem Bewusstsein der Geistesarbeiter bzw. aus dem Zeitgeist leider dazu geführt, dass Tönnies' Lehre nicht mehr recht verstanden wird. Michael Opielka, der Tönnies' Thema wieder aufgenommen hat, meint: „Die Grundfrage lautet: sind Gemeinschaft und Gesellschaft zwei logisch gleichrangige Begriffe, gibt es also einen Oberbegriff für beide?"[51] Sollte, so Opielka, „Verbindung" als Oberbegriff verwendet sein, müsste Tönnies „Leitdifferenz Gemeinschaft/Gesellschaft exklusiv: entweder/oder" sein. „Dagegen spricht Tönnies selbst. Verbindung ist bei ihm ein Organisationsbegriff, *unterhalb* von Gemeinschaft/Gesellschaft."[52]

Nun hat Tönnies zweifellos Gemeinschaften und Gesellschaften als Arten einer Verbindung erklärt, die er Gruppe nennt. Dass eine Vielheit menschlicher Einzelwesen eine *Gruppe* sei, ist klarerweise die Angabe der Gattung zu den Arten der Gemeinschaft und der Gesellschaft. Eine Gemeinschaft ist ebenso eine Gruppe wie eine Gesellschaft. Das ist unzweifelhaft die Meinung von Tönnies. Aber er nennt die Gruppe auch noch „Verbindung". Und das ist das Wort, das in der Rezeption offenbar Kopfschmerzen verursacht. Ich schlage vor, dieses Wort als Bezeichnung von Handlungen bzw. Operationen zu verstehen. Wie man in der Logik sagt: Das Wort hat keinen eidetischen Sinn, sondern einen operativen. Eine Verbindung zwischen zwei Sätzen ist zum Beispiel durch das

angesichts der preußischen Berufungspraxis, die Sozialdemokraten und ihre Sympathisanten auf Lehrstühlen nicht dulden wollte.

49 Ebd., S. 3.

50 Ebd.

51 Michael Opielka, Gemeinschaft und Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons, Wiesbaden 2004, S. 23.

52 Ebd., S. 24.

Wort *und* herzustellen. Diese Verbindung heißt in der Aussagenlogik Konjunktion. Man muss sie aber nicht auf Sätze beschränken. Die alten römischen Bauern, denen wir das Wort Konjunktion verdanken, meinten mit dem Konjungieren das Zusammenspannen zweier Ochsen vor dem Karren, den sie *gemeinsam*, gemeinschaftlich ziehen sollten. Man kann auch mit dem Worte *oder* eine Verbindung herstellen. Diese Verbindung heißt in der Aussagenlogik Adjunktion. Die Verwendung des Wortes *oder* muss ebenfalls nicht auf Sätze beschränkt bleiben. Wieder sind die altrömischen Bauern anzuführen, die einen Ochsen vor den Karren spannten und den zweiten hinten anhängten. Das ist das Tun des Anbindens, wie man Adjungieren auch übersetzen kann. Sicher wird man zugeben, dass die Handlungen des Zusammenbindens und des Anbindens in ihren Resultaten verständliche Beispiele für Verbindungen ergeben.

Mein Vorschlag ist damit, Tönnies' Verbindung nicht eidetisch, sondern operativ zu verstehen.[53] Das Zusammenbinden (Konjungieren oder Vereinen oder Multiplizieren) zu gemeinsamer Handlung bildet, wie zu sagen ist, *Gemeinschaft*. Das Anbinden (Adjungieren oder Vereinigen oder Addieren) an andere Personen bildet *Gesellschaft*. Die entsprechenden Handlungen hat Max Weber in seinem Grundriss der Sozialökonomik *Vergemeinschaftung* und *Vergesellschaftung* genannt. Man könnte sie, wie schon notiert, im Deutschen auch *Vereinen* und *Vereinigen* nennen, mit den Fremdwörtern *Unifizieren* und *Assoziieren* sinngleich wiedergegeben. Das Vereinen kennt jeder mit dem Ausdruck „Vereinte Nationen"; im Namen „Europäische Union" tritt ihm das Vereinen als Fremdwort gegenüber. Die Unsicherheit im Sprachgebrauch muss leider zugegeben werden, weil wir die „United States" deutsch falsch „Vereinigte Staaten" nennen (sie sind die „Vereinten Staaten" wie die „United Nations" ganz richtig die „Vereinten Nationen" sind). Umgekehrt heißt das Diktum des Kommunistischen Manifests zu Deutsch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!", woraus im Englischen die falsche Forderung „unite" gemacht worden ist. Eine *Assoziation* ist etwas anderes als eine *Union*. Das ist der Unterschied der Gesellschaft gegen die Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist eine Einheit, ein Verein, eine Union; die Gesellschaft ist eine Vereinigung, eine Assoziation. In der Gemeinschaft ist der

53 Natürlich weiß ich, dass das eine Interpretation ist, die Tönnies' Text nicht eindeutig nahe legt. Aber Organismen und Mechanismen in der klassischen Naturphilosophie sind gerade durch die Verbindungen ihrer Teile charakterisiert, die wir in der Logik Konjunktion und Adjunktion (in der Mengentheorie Durchschnittsbildung und Vereinigung, in der Arithmetik Multiplikation und Addition) bei Beschränkung auf Sätze bzw. Aussagen nennen. Die Unterscheidung des eidetischen vom operativen Sinn ist essentiell: Eidetisch (vom griechischen *eidos*, zu deutsch *Bild*, nicht zu verwechseln mit Platons *idea*, einem philosophischen Kunstwort, das bezeichnet, was wir in Übernahme des griechischen Worts *Idee* nennen) ist der Sinn von Wörtern, die bildhafte Dinge meinen, operativ ist der Sinn von Wörtern, die Handlungen, Operationen, meinen. Hegels ‚Logik' z. B. kennt keinen operativen Sinn, für Handlungen setzt er in seiner Beweislehre als Zeichen Striche, die bis heute via Marx ehrfürchtig mitgeschleppt werden, z. B. in der bekannten Version „W–G–W", eine Variante der Hegelschen Zeichenbildung E–B–A. Beide Versionen sind nichts sagend, weil sie keine Auskunft über den Sinn der Striche einschließen.

Einzelmensch *Individuum*, Teilnehmer; in der Gesellschaft ist er *Person*, Vertragspartner. Für seine Gemeinschaft zahlt das Mitglied Beiträge, die Gemeineigentum werden, über das die Gemeinschaft verfügt. In eine Gesellschaft bringt ein Gesellschafter seinen Anteil ein, der sein Eigentum bleibt.

Mit dieser Festlegung sind Gemeinschaft (communitas) und Gesellschaft (societas) als Ergebnis dual entgegengesetzter Handlungen verstanden. Die klassische Aussagenlogik liefert mit ihren Festlegungen über die Art der entsprechenden Handlungen beim Verbinden von Sätzen (das Konjungieren und das Adjungieren) die logische Implikation: „es gilt: wenn p und q, so p oder q", die besagt, dass man aus der Voraussetzung der Konjunktion auf die entsprechende Adjunktion schließen kann. Beide Handlungen stehen zueinander im Verhältnis der Dualität, d. h., dass beide Handlungen durch Verneinung ihrer selbst und ihrer Glieder in die jeweils dual entgegengesetzte übergehen: „es gilt: p und q genau dann, wenn weder nicht-p noch nicht-q" und „es gilt: p oder q genau dann, wenn entweder nicht-p oder nicht-q".[54]

Mit Bezug auf diese logische Voraussetzung möchte ich meinen, dass die Gemeinschaft als Ergebnis des Vereinens (Produktbildung) mit der Gesellschaft als Ergebnis des Vereinigens (Summenbildung) eine soziologische Implikation liefert, die durch den Grundsatz bestimmt ist: *Wenn eine Gruppe eine Gemeinschaft ist, so ist sie eine Gesellschaft.* Das bedeutet: Aus der Voraussetzung einer Gesellschaft kann man nicht auf die Existenz einer Gemeinschaft schließen; die Gesellschaft ist nur notwendige Bedingung der Gemeinschaft. Umgekehrt aber ist die Gemeinschaft hinreichende Bedingung der Gesellschaft. Eine Gemeinschaft ist durch Gemeineigentum bestimmt. Es ist elementar gegeben durch die Beiträge (die Steuer), die jedes Gemeinschaftsmitglied zur Erhaltung der Gemeinschaft abliefert und über die das Gemeinwesen (in Gestalt seiner Vertreter, sei es ein Diktator oder ein Parlament) verfügt. Das Gemeinwesen ist das Allgemeine der Gemeinschaft. Jeder Verein, jede Partei, jede Nation etc. ist eine Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft tritt in die Gesellschaft ein, wenn sie mit anderen Gemeinschaften in den Austausch eintritt. Dann gibt sie Teile ihres Eigentums an eine andere Gemeinschaft, um im Gegenzug bisher unbekanntes neues Eigentum zu erwerben; sie vergesellschaftet damit Teile ihres Vermögens, um in den Genuss fremden Vermögens zu kommen. Vergesellschaftung ist also nicht Vergemeinschaftung, speziell Herstellung von Gemeineigentum. Sie ist vielmehr der Prozess der beständigen Zirkulation individueller oder gemeinschaftlicher Produkte.[55]

---

54 Die Zeichen p und q stehen für aussagenlogische Satzvariablen. Zur Kenntnisnahme der logischen Theorie vgl. Paul Lorenzen, Formale Logik, 3. Auflage Berlin (West) 1967.

55 Die SAPD hatte 1875 in ihrem Gothaer Programm erklärt: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft [...]. Hier ist die Verwechslung der Gemeinschaft mit der Gesellschaft, wie sie vor Tönnies üblich war, mit Händen zu greifen. Was aber heißt *Vergesellschaftung* wirklich? Wenn es Gemeingut nur in der Gemeinschaft gibt, die Gesellschaft aber wesentlich durch den

2. „Faschismus“ versus „Nationalsozialismus“

Diese Rezeption der Tönniesschen Unterscheidung der Gemeinschaft von der Gesellschaft muss an dieser Stelle hinreichen, meine Annahme zu begründen, dass der Sozialismus eine Ordnung der Gesellschaft (societas) ist. Der Kommunismus ist dagegen eine Ordnung der Gemeinschaft (communitas).[56] Wenn es so ist, dass die menschliche Gesellschaft im Tauschverhalten ihre Realität hat, ist natürlich das Geld, der Wertdarsteller, als konvertible Währung der Ausweis für die Existenz der Gesellschaft. Die Abschaffung des Geldes ist demnach gleichbedeutend mit der Liquidation der Gesellschaft. Die Beseitigung des Tauschs kann aber nur gelingen, wenn er durch die Zuteilung oder Verteilung ersetzt wird. Genau das hat der europäische Kommunismus im 20. Jahrhundert veranstaltet (die nicht konvertible Binnenwährung hat er „Geld“ genannt, das tatsächlich Bezugsschein war). Und daran ist er gescheitert. Die Anerkennung der „Westmark“ im deutschen Osten durch die Regierung Grotewohl in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts lieferte den Nachweis der Unhintergehbarkeit der Gesellschaft durch die kommunistisch verfasste Gemeinschaft.[57]

Theorien über den Sozialismus und über den Kommunismus müssen nach meinem Dafürhalten Tönnies’ grundlegende Schrift zum Ausgangspunkt ihrer Erwägungen machen. Von Theorien solcher Art kann bei der Namensbildung, die das Wort *Nationalsozialismus* aus Gründen der Konkurrenz zur marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung einführt, gar keine Rede sein. Ich bin für den Gebrauch des Namens Faschismus aus dem einfachen Grunde, weil der Kern dieser Bewegung in der Aufstellung und Mobilisierung von – sagen wir es deutsch –Kampfgruppen, Stoßtrupps, Versammlungsordnern etc. besteht. Sie haben die klassischen deutschen Abkürzungen SA und SS, und diese Kürzel

---

wirtschaftlichen Austausch konstituiert wird, so heißt zu *vergesellschaften* eigene Produkte abgeben, um dafür eine Gegengabe zu erhalten, also verkaufen. Die Gesellschaft ist wirklich in der Zirkulation der von verschiedenen Produzenten (Gemeinschaften oder Personen) erzeugten Güter. Vgl. dazu auch meine Darstellungen: Gemeinschaft und Gesellschaft erneut betrachtet. In: Dittmar Schorkowitz (Hg.), Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen. Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1995. S. 129–148. Des Weiteren: Grenzen der Gemeinschaft? In: Berliner Debatte Initial, 13 (2002) 1, S. 37–54.

56 Gegenwärtig wird unter dem Einfluss angelsächsischen Denkens die society für eine große Menschenmenge gehalten, die community für eine kleine. Diese bloß quantitative Unterscheidung ist mit der operativen Deutung beider aufgehoben. In der Soziologie aber leiden wir zusätzlich auch daran, dass in ihr in der Regel nur Menschen jenseits der Natur, des Geldes, der Produktionsmittel, also der nichtmenschlichen Dinge gedacht werden. Das ist aber eine „abstrakte“ Gesellschaft. Besteht die sozialtheoretisch angenommene Grundmenge nur aus menschlichen Individuen, nicht auch aus an- und enteignungsfähigen Dingen, so kann in der so vorgestellten Gesellschaft nur kommuniziert, aber nicht gearbeitet und getauscht werden. Das ist ein höchst reduziertes Menschenbild.

57 DDR-Studenten lernten zu ihrer Überraschung in Moskau, dass die sowjetischen Preise am Weltmarkt zu bilden wären, eine Einsicht, die sie schlechterdings nicht erwarteten.

sind nach ihrem eidetischen Sinn so bekannt, dass weitere Erläuterung nicht nötig ist. Sie bezeichnen genau das, was italienisch *fascio di combattimento* heißt. Und es kann wohl kein Zweifel daran bestehen, dass die deutsche faschistische Bewegung wesentlich in der SA und SS besteht. Wie aber bildet man in der deutschen Sprache einen Ismus unter Voraussetzung der Wörter *Saalschutz* oder *Sturmabteilung*, *Schutzstaffel*, *Kampfgruppe* etc.? Im Italienischen wurde aus *fascio* offenbar ohne Schwierigkeit die Geburt von *fascismo* betrieben. Wie macht man Gleiches im Deutschen aus *Kampfbund*? Ich weiß es nicht und bin obendrein der Meinung, dass eine Bewegung, die unter gar keinen Umständen *sozialistisch* genannt werden kann – und aus logischen Gründen schon gar nicht *nationalsozialistisch* – durchaus mit einem Fremdwort bezeichnet werden darf, bei dem man sich gewöhnlich am besten gar nichts denkt. Und damit ist diese Bewegung voll charakterisiert. Denn sie ist eine Bewegung der völligen Gedankenlosigkeit, des bloßen Zuschlagens, des Befehlens, des Brüllens, eine Bewegung, die von Tönnies' Verbindungen gar nicht erfasst wird, weil sie eine verneinende, eine negative Wirkung realisiert und darin notwendig selbstzerstörerisch ist. Es ist keine produktive Gemeinschaft (etwa kooperativer Arbeit), sondern die Kriegergemeinschaft, die auf Eroberung aus ist, Fremde zu Sklaven oder „Menschenmaterial" machen will. Ihr „Sozialismus" heißt: „Jedem seinen Besitz. Dem Bauer seinen Hof, dem Handeltreibenden seinen Laden, dem Arbeiter seine Arbeitsstätte, dem Beamten seine Pension. Das ist der Besitz. Dieser kann aber nur garantiert werden, wenn jeder einzelne sich verpflichtet, diesen seinen Besitz zu verteidigen."[58] Das ist die „sozialtheoretische" Proklamation des Faschismus, die als Kampfschrei ausgestoßene Phantasie des wild gewordenen persönlichen Privateigentümers, der – unfähig, das Eigentum (proprietas) vom Besitz (possessio) zu unterscheiden – die Lösung der sozialen Frage in der Verwandlung aller in persönliche Privatbesitzer „erkennt". Wie der Arbeiter seine Arbeitsstätte besitzen soll, wenn der entsprechende Unternehmer Pleite macht, weiß SA-Obergruppenführer M. v. Killinger, der Autor des zitierten Schwachsinns, natürlich nicht.

Zum weiteren und vollen Verständnis der hier vorgetragenen Position müsste eine Geschichte der Karriere des Wortes *Sozialismus* im Deutschen angegeben werden, die aber aus Platzgründen leider unterbleiben muss.[59]

58 So zitiert in der Schrift von Peter Longerich, Geschichte der SA. München 1989, hier: BsR 2003, S. 142.

59 Ich verweise auf die einschlägigen Lexika, so: Otto. Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 5, Stuttgart 1984. S. 923–996. Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 9, Basel, Sp. 1166–1210.

IV. Der Kommunismus

Der Kommunismus ist im Gegensatz zum Faschismus uralt. Jede Gemeinschaft, die persönliches Privateigentum ausschließt, nur das Gemeineigentum kennt, ist kommunistisch.[60] Demgemäß konnten Marx und Engels im *Manifest der Kommunistischen Partei* 1848 erklären: Die Kommunisten können „ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen."[61] Diese Auffassung ist von der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts mit großer Konsequenz realisiert worden. Ideell basierte das auf der von Moses Heß 1837 formulierten Annahme, dass die von der französischen Revolution adoptierte Gleichheit (neben der Freiheit und Brüderlichkeit) real nur im Gemeineigentum bestehen könne.[62] Denn wenn die eben in dieser Zeit begriffene soziale Frage[63] genau darin besteht, dass die gegebene Gesellschaft Privateigentümer und Eigentumslose hervorbringt, also die absolute Ungleichheit zwischen den Menschen, so muss die Verwandlung aller in Eigentümer die Lösung des sozialen Grundproblems sein. Diese Verwandlung kann aber nur in der Herstellung des Gemeineigentums bestehen, weil die Existenz des persönlichen Privateigentums ohne die gleichzeitige Existenz Eigentumsloser unmöglich ist. *Alle* können nur Eigentümer sein, wenn ihre *Gemeinschaft*, deren Mitglieder sie sind, der wirkliche Eigentümer ist. Das ist der ökonomische Kern der kommunistischen Gemeinschaftsordnung.[64] Man wird zugeben, dass er von bestechender Klarheit und Einfachheit ist. Er ist auch der genaue Gegensatz des faschistischen absurden Ideals, alle in Privatbesitzer verwandeln zu wollen.

---

60 Damit ist – horribile dictu – z. B. zu sagen, dass der Vatikan eine kommunistisch verfasste Gemeinde ist. Denn er kennt kein Privateigentum. Das Christentum weiß überhaupt sehr viel vom Kommunismus, wenn es auch in seinen Kirchen angesichts des bolschewistischen Kommunismus Antikommunismus proklamiert hat.

61 MEW, Band 4, S. 475.

62 Vgl. Moses Heß, Die heilige Geschichte der Menschheit. Von einem Jünger Spinoza's. In: ders., Philosophische und sozialistische Schriften. 1837–1850. Eine Auswahl. Hg. von Wolfgang Mönke, 2. Auflage Berlin 1980, S. 1–74. In dieser Schrift heißt es: „Wir halten nämlich dafür, dass „*Gütergemeinschaft*" den Begriff von „*Gleichheit*" am genauesten und schärfsten bezeichnet. Nur da, wo gemeinschaftlicher Besitz aller Güter, [...] und Nichts an einer Person, als ausschließendes Eigenthum, gebunden ist – nur da herrscht völlige Gleichheit." (S. 51.) Vgl. auch seine Rezension zu Lorenz Steins berühmtem Buch *Der Socialismus und Communisms des heutigen Frankreichs* von 1842, das einen Erkenntnisstandard liefert, der bis heute gelten kann. Heß' Rezension hat den Titel *Socialismus und Communismus*. Sie findet sich a.a.O., S. 197–209. Zu M. Heß vgl. auch Shlomo Na'aman, Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Heß, Frankfurt a. M./New York 1982.

63 Vgl. Franz Baader, Über das dermalige Missverhältnis der Vermögenslosen oder Proletairs zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als auch intellektueller Hinsicht, aus dem Standpunkt des Rechts betrachtet, München 1835. Wieder abgedruckt in. Ludwig Elm, Konservatives Denken 1789–1848/49. Darstellung und Texte, Berlin 1989, S. 229–230.

64 Vgl. Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Berliner Debatte INITIAL, 9 (1998) 1, S. 5–18; auch in: http://www.peter-ruben.de.

In allen Zeitaltern der menschlichen Geschichte ist der Kommunismus aufgetreten, oft als Ordnung agrarischer Gemeinden, die Subsistenzwirtschaft betrieben, oft als Ordnung religiöser Mönchsorden oder Sekten. In der europäischen Neuzeit tritt er regelmäßig in Revolutionsphasen auf, von Thomas Müntzer bis zu Lenin.[65] Im Ersten Kondratieff-Zyklus 1788–1842[66] proklamiert ihn in der französischen Revolution François Noel Babeuf wie in der englischen Revolution 1642–1649 Gerrad Winstanley. 1840 erfährt Paris die erste große Kommunistendemonstration. 1842, am Ende des Zyklus, lehrt Lorenz Stein die Deutschen den Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus zum ersten Male mit akademischer Gründlichkeit (er wird später Schöpfer der Wiener Schule der Nationalökonomie).

Der bürgerliche Kondratieff 1843–1897 sieht mit dem *Manifest der Kommunistischen Partei* aus der Feder von Marx und Engels 1848 eine unvergängliche Proklamation, gegen die jeder Antikommunismus noch immer lächerlich wirkt. Man kann den bürgerlichen Kondratieff geradezu das „Zeitalter des liberalen Marxismus" nennen.[67] Er beginnt mit dem Dreigestirn Moses Heß, d. i. der erste kommunistische Philosoph, Friedrich Engels, der Fabrikantensohn, der nach seiner Militärzeit von Heß für den Kommunismus geworben wird und das Original für die nicht so seltene Rekrutierungsbasis des Kommunismus ist (es ist häufig der jugendliche moralische Protest gegen die Egoismen reicher Eltern, die deren Kinder in kommunistische Gruppierungen treiben – das wissen die Deutschen nach dem „roten Jahrzehnt" zwischen 1967 und 1977 sehr genau, ihre Regierungen zehren seit 1998 auch vom Potenzial der damals realisierten Rekrutierungen). Dem Duo Heß/Engels schließt sich dann auch Karl Marx an, nachdem ihm von Théodore Dézamy versichert worden ist, dass der Kommunismus keineswegs grau und militaristisch wie bei Babeuf in die Welt eintreten müsse, sondern sogar die Ordnung sein kann, in der alle Quellen menschlicher

65 Vgl. Hans-Jürgen Goertz (Hg.), Alles gehört allen. Das Experiment Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute, München 1984.

66 Man nennt ihn den „Ersten Kondratieff", weil er in der Wirtschaftsgeschichte und bis heute nach den Daten der zuerst festgestellte ist. Die Nachfolgenden erhalten die anschließenden Ordnungszahlen in der Benennung; die Vorangehenden werden nicht ausdrücklich gezählt notiert.

67 Dieser Kondratieff-Zyklus realisiert nämlich den ökonomischen Liberalismus perfekt in der Prosperitätsphase von der Aufhebung der britischen Korngesetze 1844 bis zum Gründerkrach, der nach Eingang in die Depressionsphase 1873 in Wien beginnt und in den Imperialismus als Lösung des Krisenproblems einmündet. 1872 schon proklamiert Disraeli: „Think imperial!". 1879 beginnt die allgemeine Schutzzollpolitik, d. h. die Abgrenzung der Märkte gegen national fremde Konkurrenten. Der Marxismus entsteht zwischen 1843 und 1867, liegt also genau in der Prosperitätsphase des liberalistischen Kondratieff. Lenins Marxismus-Deutung liegt ebenso genau in der Prosperitätsphase des imperialistischen Kondratieffs, der an die Stelle des Austauschprinzips des Liberalismus vielmehr das Eroberungs- oder Gewaltprinzip des kapitalistischen Imperialismus (Schumpeters Identifikation) setzt. Seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben wir es wieder mit dem Liberalismus, dem Neoliberalismus, zu tun.

Produktivkraft fröhlich und reichlich sprudeln, was ja vom Kapitalismus angesichts seiner ewigen Krisen nun nicht behauptet werden kann.[68]

Im imperialistischen Kondratieff-Zyklus 1898–1952 wandert der Kommunismus nach Russland aus, wo er in Gestalt der bolschewistischen Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), die sich von 1898 bis 1903 effektiv konstituiert hat, seinen politischen Akteur findet. Wenn wir heute das Wort *Kommunismus* verwenden, so meinen wir praktisch den in Russland realisierten Kommunismus, wie er nach der im November 1917 von Trotzki geführten bolschewistischen Machtübernahme dem Lande aufgeprägt wurde. Selbstverständlich ist er eine *Art* des Kommunismus, was ja die verschiedenen Schicksale des russischen und insbesondere des chinesischen empirisch seit 1978 sehr deutlich zeigen. Der russisch geführte europäische Kommunismus bricht 1989 bis 1991 zusammen. Der chinesische findet rechtzeitig vor Beginn der Depressionsphase des Vierten Kondratieff, den ich zwischen 1953 und 2007 realisiert sehe,[69] mit der Losung, dass die Hauptsache an der Katze nicht ihre Farbe sei, sondern ihre Fähigkeit, Mäuse zu fangen, den Weg in das volkswirtschaftliche Wachstum. Das passiert im Herbst 1978; die Depresssion setzt im Sommer 1980 ein. Jetzt – zu Beginn des Fünften Kondratieff im Jahre 2008 – ist zu sagen, dass der Kommunismus zwar in Europa implodiert ist, aber in Asien lebt.

Der russische Kommunismus hat sich mit Bezug auf den in Deutschland begründeten Marxismus herausgebildet. Sein Anknüpfungspunkt war aber nicht so sehr die ökonomische Lehre von Marx, sondern die Feststellung des Kommunistischen Manifests, dass alle Revolutionen notwendig politisch sind. Dies zu entdecken, machte den Grund des Übergangs Plechanows von den Volkstümlern zur russischen Rezeption des Marxismus aus. Der russische Kommunismus

68 Vgl. Theodor Dézamy, Gesetzbuch der Gütergemeinschaft. In: Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Band II: Texte, Leipzig 1975. S. 465–502; ders., Dialog über die Wahlreform. In: Frits Kool/Werner Krause (Hg.), Die frühen Sozialisten. Band 2, München 1972. S. 350–364.

69 Diese Sicht wird in der Literatur nicht geteilt, weil meine Annahme der Konstanz menschlicher Generationsdauer nicht allgemein angenommen ist. Vgl. Hans Thomas/Leo. A. Nefiodow (Hg.): Kondratieffs Zyklen der Wirtschaft. An der Schwelle neuer Vollbeschäftigung?, Herford 1998. Auch E. Händler nimmt Nefiodows Sicht an, der bereits den Beginn des Sechsten Kondratieff sieht, während nach meiner Zählung klarerweise 2008 den Beginn des Fünften bedeutet. Die Depressionsphase des Vierten Kondratieff hat im Sommer 1980 begonnen. Sie wird politisch durch den Aufbruch der Solidarnosc charakterisiert. Während der russische Kommunismus sich in das verrückte Abenteuer des Krieges in Afghanistan stürzte, um so sein Vietnam zu erzeugen, stürzte sich der chinesische Kommunismus zur gleichen Zeit in das ökonomische Abenteuer, das persönliche Eigentum an Produktivvermögen zuzulassen, also die politisch durch ihn beherrschte Gemeinschaft mit der freigelassenen Gesellschaft zu verknüpfen. Das ist ein soziales Experiment von nicht zu überschätzender theoretischer Bedeutung. China hat seit 1450 den Europäern die Weltmeere überlassen. Nun kehrt es in die Weltwirtschaft zurück.

ist so dominant politisch geworden. Und der „Leninismus“, wenngleich erst von Stalin gegen den ebenso imaginierten „Trotzkismus“ proklamiert, ist wohl identisch mit der Proklamation des „Primats der Politik“. Diese Proklamation hat mit dem klassischen Marxismus wenig zu tun, der in den politischen Erscheinungen nie etwas anderes sehen konnte als den politischen Widerschein ökonomischer Entwicklungen (Politik war ihm immer „Überbau“ dieser Basis!).

Da nun die hier zugrunde liegende Fragestellung das Verhältnis der Demokratie zur Diktatur betrifft, ist es nützlich zu notieren, was der „liberale Marxismus“ des Zweiten Kondratieff an politischer Lehre den Kommunisten des Dritten Kondratieff hinterlassen hat. Im Juni 1891 schreibt Engels, der verehrte Patriarch der II. Internationale, eine Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in der er feststellt: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, dass unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat.“[70] Das ist, so muss gesagt werden, das letzte Wort der Begründer des Marxismus und daher geltende Urteilsbasis für die Frage, wie es mit der Demokratie und der Diktatur im Denken des kommunistischen Marxismus beschaffen ist.

Nun steht aber die Tatsache fest, dass die Kommunisten des Dritten Kondratieff, die nicht den „liberalen“, sondern den bolschewistischen Kommunismus vertraten und 1917 bis 1991 auch verwirklicht hatten, im Januar 1918 eine klare Absage an Engels’ Konzept realisierten. Unter ihrer Regierung, die vom 2. Sowjetkongress erklärtermaßen provisorisch bis zum Zusammentritt der allseits gewollten Konstituierenden Versammlung Russlands eingesetzt worden war, begannen die entsprechenden Wahlen am 25. November 1917. Sie ergaben einen Stimmenanteil von etwa 24% (10,6 Mill.) für die Bolschewiki, einen Anteil von 4,7% für die konstitutionellen Demokraten, die anderen Stimmen verteilten sich auf die Sozialrevolutionäre[71] (18 Mill., d. s. 40,5%) und Menschewiki (2,7%). Ein knappes Viertel aller Stimmen wurde nichtrussischen Parteien gegeben. Die russische Nationalversammlung konnte als Vertretung von 44,4 Millionen Wählern handeln, der 2. Sowjetkongress wurde von etwa 20 Millionen Wählern inthronisiert. Die Nationalversammlung hatte bei diesem Wahlergebnis über 67% sozialistischer Wähler, nur 4,7% eindeutig bürgerlicher. Hier einen, wie deutsche Kommunisten ein Jahr später ihre eigene Nationalversammlung

70 Friedrich Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: MEW, Band 22, Berlin (Ost) 1963. S. 235.

71 Der deutsche Name ist Ergebnis schlechter Übersetzung. Das Mitglied dieser Partei nennt sich eigentlich – typisch russisch – „Sozialist-Revolutionär“ –, und das bedeutet etwas anderes als „Sozialrevolutionär“. Man kann eine soziale Revolution wollen und betreiben, ohne den Sozialismus zu avisieren. Wer z. B. Klöster enteignet, um den Boden anzueignen und zu verkaufen, betreibt eine soziale Revolution sans phrase. Heinrich VIII. von England war einer der bedeutendsten Sozialrevolutionäre aller Zeiten. Niemand wird auf die Idee kommen, diesen Frauenmörder einen Sozialisten zu nennen.

nannten, „Hort der Gegenrevolution“ zu vermuten, ist platterdings reiner Unsinn. Aber genau dieses Urteil wurde am 19. Januar 1918 durch die Bolschewiki vollstreckt, als sie die russische Konstituante gewaltsam auflösen ließen.[72] Damit haben die russischen Kommunisten unvermeidlich den Bürgerkrieg provoziert und den Bruch mit dem von Kautsky in Westeuropa repräsentierten Marxismus vollzogen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Tiefe dieses Bruchs bisher wirklich verstanden worden ist.

Wenn der Marxist Engels die demokratische Republik als Form der Diktatur des Proletariats feststellt, so lässt sich gewiss streiten, ob die Vorstellung von der demokratischen Republik als einer *Form* in der Politiktheorie begründbar sei. Dass aber die Diktatur in der Demokratie anwesend ist, nämlich als Diktatur der Mehrheit über die Minderheit, dürfte unbestreitbar sein. Und das legitimiert Engels’ Sicht, der zu seiner Zeit erwarten konnte, dass die Mehrheit einer Nation in überschaubarer Dauer ganz sicher aus Proletariern bestehen würde. Dies theoretisch klar und distinkt zu denken, ist der Grund, warum man wissenschaftlich vom exklusiven Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie keinen vernünftigen Gebrauch machen kann.

Die bolschewistische Interpretation der Liquidation der Nationalversammlung, die doch die Geburtsveranstaltung jeder demokratischen Republik ist, läuft darauf hinaus, sie im Gegensatz zum Rätekongress zu sehen, also die exklusive Alternative Rätemacht versus Nationalversammlung zu proklamieren. Wie kommt sie zustande? In seinen „Thesen über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats“, die der 1. Kominternkongress in der ersten Märzwoche des Jahres 1919 annimmt, erklärt Lenin: „Alle Sozialisten haben [...] den Gedanken ausgesprochen, der von Marx und Engels durch die Worte ausgedrückt wurde, dass auch die demokratischste bürgerliche Republik nichts anderes ist als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie.“[73] Der entsprechende Satz von Engels aus seiner Einleitung zu Marx’ „Bürgerkrieg in Frankreich“ lautet: „In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; [...].“[74] Abgesehen davon, dass beide Kommunisten von der Annahme des Absterbens des Staates ausgehen (eine Erwägung, die hier nicht diskutiert werden kann), macht sich Lenin die Deutung von Engels, dessen Satz über die demokratische Republik als spezifischer Form für die Diktatur des Proletariats drei Monate nach dem zitierten formuliert worden ist, dadurch einfach, dass er den Superlativ mit dem zusätzlichen Adjektiv *bürgerliche* bildet, also den Terminus „demokratischste bürgerliche Republik“ erzeugt, der Engels beim besten Willen nicht angedichtet

72 Zur Geschichte der russischen Revolution vgl. Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hg.), Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, Berlin 1997; Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner (Hg.), „Die Wache ist müde“. Neue Sichten auf die russische Revolution 1917 und ihre Wirkungen, Berlin 2008.

73 LW, Band 28, Berlin (Ost) 1959, S. 472.

74 MEW, Band 22, Berlin (Ost) 1963, S. 199.

werden kann. Was ist aber eine *bürgerliche* Republik? Lenin bleibt uns die Antwort schuldig und suggeriert dadurch sich und anderen, dass die demokratische Republik wohl a priori bürgerlich sein müsse. Das ist aber Unfug. Wenn wir den Bürger als bourgeois denken (nicht als citoyen!), so haben wir einen Menschen mit Produktivvermögen vor uns, keinen eigentumslosen Gesellen. Die Republik, die definitiv bürgerlich wäre, kann dann nur die der Vermögenseigner sein. Sie schließt alle Vermögenslosen aus ihrer Konstituierung aus. Solche Republiken hat es natürlich gegeben. Und der ganze politische Kampf der deutschen Sozialdemokratie bestand darin, den Vermögenslosen zum Staatsbürger zu machen, d. h. das allgemeine Wahlrecht für alle, Männer und Frauen, durchzusetzen. Das geschah erst 1918 durch die deutsche Novemberrevolution. Sie lieferte gerade die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie, realisiert im preußischen Dreiklassenwahlrecht. Lenin deutet also den Abriss der wirklichen bürgerlichen Demokratie als deren Etablierung. Die russische Nationalversammlung mit mehr als zwei Dritteln sozialistischer Stimmenanteile und nicht einmal 5% eindeutig bürgerlicher kann nur in wilder Phantasie als „demokratischste bürgerliche Republik" in Entstehung vorgestellt werden.

Es gibt wohl keinen anderen Grund für diese Missdeutung des marxistischen Ansatzes als Lenins Erfahrung, dass die Kommunisten in den Räten (Sowjets) die Mehrheit hatten, damit die Entscheidungsbefugnis und also die Macht. Diese wollten sich Lenin und seine Kommunisten nicht mehr nehmen lassen – auch nicht durch die Konstituante. „Wir lassen uns die Macht nicht nehmen", wurde denn auch der wirkliche, d. h. wirksame, Grundsatz der bolschewistischen Art kommunistischen Machtgebrauchs. Die Tragödie dieses Gebrauchs besteht darin, dass sich die Machthaber spätestens seit 1930 nie mehr die Frage stellten: Was machen wir eigentlich mit der Macht? Statt die eigene Geschichte zu reflektieren, retuschierten sie sie, wo sie ihnen missfiel, bliesen sie zum Ballon auf, wo sie ihnen gefiel – und ignorierten hemmungslos die Kosten ihres Tuns.

Der sozialökonomische Inhalt der Exklusion der demokratischen Republik ist, soweit ich das bisher überblicke, sicher der, das Gemein- als Staatseigentum mittels der Rätemacht politisch (militärisch) durchzusetzen, weil die Nationalversammlung mit der Anerkennung der Verschiedenheit der in ihr vertretenen Parteien sicher das persönliche Privateigentum an Produktivvermögen verteidigen, wenn auch vielleicht beschränken würde (z. B. via Steuergesetzgebung). Alle die im kommunistischen Staatenblock seit 1953 gegen die kommunistische Diktatur und für die Demokratie eingetreten sind, müssen wohl zugeben, dass sie mit dieser Intention zugleich die Restauration des Privateigentums an Produktionsmitteln gesetzt haben, also die Arbeitslosigkeit als mit schöner Regelmäßigkeit im Kondratieff-Zyklus wiederkehrendes Ereignis für Massen von Menschen. Das ist der sozialökonomische Sachverhalt, der sich hinter der imaginierten Entgegensetzung zwischen Demokratie und Diktatur in der Gegenwart verbirgt. Er ist aber nicht durchdacht. Vielmehr wird einerseits mit Inbrunst von der „Misswirtschaft" (der DDR) gesprochen und andererseits

nicht thematisiert, dass die kommunistische Staatswirtschaft durch die Zentralisierung der Wirtschaftsleitung zwar das Pleiterisiko von den einzelnen Betrieben nahm, dafür aber der gesamten Volkswirtschaft auflastete. Die gesellschaftlich unvermeidliche Arbeitslosigkeit konnte so zeitweilig kaschiert werden – aber nur so lange, bis die Kondratieff-Depression das ganze System in die Pleite führt.[75]

Es ist Inhalt unserer historischen Erfahrung, dass die ideologisch verhimmelte *Räte*macht in kurzer Zeit tatsächlich zur Macht der kommunistischen *Partei* geworden war. Das hat der Kronstädter Aufstand vom Februar und März 1921, der sich ja für die Räte, aber ohne Kommunisten einsetzte, mit aller Klarheit verdeutlicht. In der DDR ist sogar formell die Unterordnung der Regierung unter das SED-Politbüro 1960 vollzogen worden. So ist faktisch erwiesen, dass die eingebildete Exklusion der Nationalversammlung im Interesse der Rätemacht die Einparteienherrschaft hervorgebracht hat. Die kommunistische exklusive Alternative *Nationalversammlung versus Rätekongress*, durch die der bösartige Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von Anfang an etabliert worden ist, hat in Russland den Stalinismus als terroristische Version bolschewistischen Machtgebrauchs mit Wendung gegen die Begründer eben des Bolschewismus hervorgebracht, in Deutschland den Faschismus als Abwehrmittel gegen die Räte in Gang gesetzt.

Mit der Einparteienherrschaft ist der kommunistische Grundsatz, die Gleichheit durch das Gemeineigentum zu fundieren in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Die konsequente Anwendung dieses Grundsatzes läuft zwangsläufig darauf hinaus, jeden Austausch insbesondere von Produktionsmitteln durch Ver- bzw. Zuteilung zu ersetzen, daher das Geld in seinem Dasein als konvertible Währung abzuschaffen, Preise als Proportionsdeterminationen für Zuteilungsoperationen durch Dekrete eines kommunistisch realisierten Gemeinwesens via Preisamt zu verfügen und die Produktion von eben diesem Gemeinwesen organisieren zu lassen. Das ist in den 73 Jahren kommunistischer Herrschaft zwischen November 1917 und Dezember 1991 auch wirklich gemacht worden (selbstverständlich mit nationalen Unterschieden, die man als ebenso viele Arten des bolschewistischen Kommunismus feststellen kann). Daher stehen wir gegenwärtig in der einzigartigen Situation, eine historische Erfahrung gedanklich verarbeiten zu können, die keine Generation zuvor machen konnte. Selbstverständlich heißt Verarbeitung dieser Erfahrung nicht ideologische Denunzia-

75 Dass z. B. die Privatisierung der DDR-Betriebe durch die Treuhand in der Regie der Kohl-Regierung den privatwirtschaftlichen Unsinn eines Angebots en masse realisierte und damit die 600 Mrd. DM erwartetes Vermögen in 200 Mrd. DM Schulden transformierte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass riesige Industrie- und Verkehrsanlagen zu Schrott gefahren waren, dass schönste Stadtkerne einfach zu Staub zerfielen, dagegen die Militärbauten unter der Erde sinnlose Konsumtionen des Volksvermögens bedeuteten. Man betrachte die DDR-Bunkerbauten, und man erkennt, warum keine ordentlichen Straßen gebaut werden konnten.

tion. Der Antikommunismus bleibt nach wie vor die Grundtorheit der Epoche, weil er unfähig macht, seinen Gegenstand zu *begreifen*.

Um welche Erfahrung geht es? Die frühe Durchsetzung der kommunistischen Ordnungsidee für die Gemeinschaft zwischen 1917 und 1921 in Russland hat ohne Zweifel gezeigt, dass mit der Liquidation des Austauschs und der Durchsetzung der Zuteilung die Akkumulation des Verteilbaren durch das Gemeinwesen zum bloß militärischen Problem degradiert worden ist. Requirierungskommandos, die die Brotversorgung der Städte und der Armee sichern sollen, sind an sich außerstande, Saatgetreide von absetzbaren Überschüssen zu unterscheiden. Also produzieren sie mit Eifer die Bedingungen kommender Hungersnot. Warum sollen Bauern in der russischen Mir-Verfassung (in der obščina) Überschüsse erzeugen, für die sie kein interessantes Handelsgut (nämlich Produktionsmittel) eintauschen können? Die Liquidation des Austauschs und seine Ersetzung durch die Zuteilung machen also aus den unmittelbaren agrarischen Produzenten Leute, die kein Interesse an einer Überschussproduktion haben. Werden sie Gegenstände des mit Waffengewalt betriebenen Requirierens, wird die soeben neu geordnete Gemeinschaft physisch dadurch bedroht, dass Massen ihrer Mitglieder an Hunger sterben. Das ist die Lage, die 1921/22 zur Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik" durch die russische kommunistische Partei geführt hat. Diese Einführung bedeutet nach meinem Dafürhalten die Anerkennung der Gesellschaft durch die kommunistisch geordnete Gemeinschaft.[76]

Diese Anerkennung wurde im Herbst 1927 fraglich, als irgendwelche Institutionen meldeten, dass die Bauern nicht genügend Getreide für die Städte und die Armee ablieferten (es war eine Ablieferung, weil die Preise gar nicht marktgemäß gebildet wurden). Und nun standen die russischen Kommunisten vor dem Fundamentalproblem: Rückkehr zum 1921 verabschiedeten Kriegskommunismus (d. h. zum Requirieren) oder Fortschritt zum Aufbau der durch den Kommunismus in der NÖP ja an sich anerkannten Gesellschaft? Stalin, der schon während des Todeskampfes Lenins die Amtsstuben der kommunistischen Partei nach ihren Besetzungen dirigierte, zeigte im Januar 1928 die „ural-sibirische Methode" als eine Lösung des möglicherweise sogar bloß imaginierten Getreideproblems (die Schlamperei in den Ämtern lässt es unklar sein, ob wirklich zu wenig Getreide in den Lagern vorhanden war): Eintreiben der von der Führung geforderten Getreidemengen. Bucharin favorisierte die soziale Lösung:

76 Dass sie das bedeutet, besagt selbstverständlich nicht, dass die beteiligten Akteure diesen Sachverhalt begriffen hätten. Lenin sah in der NÖP einen „zeitweiligen Rückzug". Ob er sein Urteil nach praktischen Erfahrungen, die ihm ja immer wichtig waren, korrigiert hätte, vermag ich nicht zu sagen. Jedenfalls zeigt die chinesische Entscheidung vom Dezember 1978, dass die politische Herrschaft einer kommunistischen Partei sehr wohl mit der Freisetzung des persönlichen Privatinteresses im ökonomischen Bereich zusammengehen kann. Der russische Kommunismus hat eine solche Entscheidung bewusstlos 1921 getroffen, aber 1928 wieder aufgehoben – und darin das geboren, was rechtens Stalinismus heißt.

Zahlt den Bauern höhere Preise und kauft den benötigten Rest auf dem Weltmarkt! Die Entscheidung lag in der Hand des Zentralkomitees – nicht etwa in der eines Diktators. Und sehr demokratisch fand die Mehrheit, dass die lausigen Bauern dem Gemeinwesen doch nicht einfach das Geld aus der Tasche ziehen dürften. Also wurde Stalins „ural-sibirische Methode" generalisiert und das Jahr 1929 zur „großen Wende". An seinem Ende feierte der Woshd (d. i. der Führer in russischer Sprache) im strammen Alter von 40 Jahren seine Geburt. Die Genesis des *Stalinismus*, wie wir die Reproduktion des Kriegskommunismus von 1928/29 an nennen müssen (kein anderer Funktionär der kommunistischen Partei ist durch diese Reproduktion seines Lebens sicher gewesen, ausschließlich Stalin!), ist das Hervorbringen einer kommunistischen Verfassung, die bis heute unbegriffen ist.[77]

V. Zum Vergleich des Kommunismus mit dem Faschismus

Der Faschismus beginnt, sich selbst mit dem Kommunismus[78] zu vergleichen, indem er ihn als seinen Hauptgegner erkennt. Das ist auch ganz plausibel. Denn der Faschismus ist, wie schon zitiert, die Bewegung zur Verteidigung des persönlichen Besitzes gegen alle Fährnisse des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses wie Inflation (Enteignung der Geldbesitzer), Arbeitslosigkeit (Enteignung der

77 Das kindische Zertreten eines kleinen Steins in Berlin-Lichtenberg, den Opfern des Stalinismus' gewidmet, zeigt den Sieg infantilen Gemüts über kleinste Verstandesregungen, eine widerliche Szenerie.
Hannah Arendt hat den Stalinismus als die Ausbildung totaler Herrschaft verstanden, aber merkwürdigerweise die quantitative Bestimmung der Größe von Massenbewegungen an den Begriff einer „voll entwickelten totalen Herrschaft" gekoppelt. So kommt bei ihr Mussolini in die Lage, eine Diktatur nicht totalitären Charakters errichtet zu haben, obwohl er überhaupt als Erster vom „totalen Staat" sprach. Hitler hatte in diesem Sinne auch noch nicht genügend Massen unter der Fuchtel. Nur Stalin war damit reichlich gesegnet. Tatsächlich hatte Italien 1936 42,538 Mill. Einwohner, Deutschland 67,105 Mill., die UdSSR 163,8 Mill.; aber was besagt dies bei den unterschiedlichen Weiten der Länder? Die Bevölkerungsdichte der UdSSR betrug zu dieser Zeit 7 Einwohner/qkm, die Italiens 139 Einwohner/qkm, die Deutschlands 142 Einwohner/qkm. Russland zu kennen, heißt zu wissen: Das Land ist groß, und der Zar ist weit. Die Massen zerstreuen sich da sehr. Mein Vorschlag wäre, den Gesichtspunkt der Massen mit der Levée en masse zu verbinden, die das Volksheer und die französische Romantik aus der Taufe hebt. Da hätte man denn auch den Diktator Napoleon I. zur Verfügung, der sich an die Macht putscht und in Aachen verkünden lässt, dass nur einer größer als Karl der Große sei: Er.

78 Wenn ich im Folgenden vom „Kommunismus" als Vergleichsgegenstand rede, meine ich immer den russisch dominierten (bolschewistischen) europäischen Kommunismus des Dritten Kondratieff-Zyklus. Im Vierten ist der Faschismus als staatliche Macht verschwunden, wenngleich im plebejischen Ausländerhass als klassisches Potenzial virulent.

Lohnbesitzer), Preisverfall (Enteignung der Produzenten) etc.; da diese Phänomene in der Depressionsphase eines Kondratieff-Zyklus gehäuft auftreten, ist der Faschismus eine Bewegung, die für diese Phase politische Attraktivität in der Einbildung gewinnt, durch Gewaltexzesse die soziale Frage zu lösen. Dazu ist erforderlich, einen Gegner namhaft zu machen, auf den man einschlagen kann. Hitler hat in diesem Sinne klüglich den Marxisten vorgeworfen, dass sie mit ihrer Denunziation der Verhältnisse niemandem erklären, wen man denn nun eigentlich zur Verantwortung für die missliche Lage der „kleinen Leute" ziehen kann. Werden aber Verantwortliche gezeigt, so kann man auch Stoßtrupps losschicken, um sie zu schlagen oder gar zu eliminieren. Juden und Bolschewisten wurden daher (insbesondere nach der Erfahrung mit der bayerischen Räterepublik) die geeigneten Kandidaten für die faschistische Vorstellung von den persönlichen Verursachern der sozialen Frage.

Dieser extreme Gegensatz zwischen Kommunisten und Faschisten beherrscht die historische Szene zwischen 1920 und 1945 in einem Ausmaß, das die Gleichsetzung beider a priori verbietet. Betrachten wir diese 25 Jahre genauer, finden wir den Stalin-Hitler-Pakt vom August 1939 bis zum Juni 1941, d. h. knapp zwei Jahre Bündnis.[79] Das sind 8% der in Rede stehenden Zeit. Sie haben aber auch erhebliche historische Folgen.[80] Es ist sehr wohl zu vermuten, dass Hitler ohne das Bündnis mit Stalin den Angriff auf Polen nicht gewagt hätte. Und das besagt, dass der Stalinismus, als zwischen 1929 und 1953 realisierte Art des russischen Kommunismus für die Ermöglichung des 2. Weltkriegs Mitverantwortung trägt. Nicht nur das, er ist auch als Polen und Finnland 1939 überfallende Macht Kriegsteilnehmer im Bunde mit dem Faschismus. Legitimiert das, Kommunisten als „rotlackierte Faschisten" festzustellen? Dagegen spricht die Tatsache, dass der Stalinismus unter den deutschen Kommunisten kaum weniger gehaust hat als der Faschismus. Obendrein ist empirisch absolut klar, dass die Leninsche Führung der Kommunisten durch Stalin umgebracht worden ist. Der wirkliche Führer der bolschewistischen Machtübernahme vom November 1917, Leo Trotzki, Schöpfer der Roten Armee, fiel einem von Stalin verordneten gemeinen Mord zum Opfer. Dies kennzeichnet den Stalinismus als

79 In einem Schulbuch für den Erdkundeunterricht an höheren Schulen, das ich noch 1944 erhalten habe, findet sich der Satz: „Die Zeiten sind vorbei, wo Deutschland ganz allein in der Welt stand. Jetzt stehen uns treue Freunde zur Seite. Das neu erstarkte Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, die Slowakei und Japan sind eng mit uns verbunden, Sowjetrussland hat einen Freundschaftsvertrag mit uns abgeschlossen." Das ist zu lesen in: Heimat und Welt. Teubners Erdkundliches Unterrichtswerk für höhere Schulen, 3. Auflage Leipzig/Berlin 1941, S. 8. Diesen Satz bekam ich im September 1944 zu lesen, als die alliierte Landung in der Normandie und der Zusammenbruch der deutschen Heeresgruppe Mitte an der Ostfront längst absolviert waren.

80 Dieses Bündnis eröffnete die so genannte „ethnische Säuberung" als Lösung nationaler Fragen bis hin zu gemeinsamen Mordaktionen gegen die polnische Bevölkerung. Dass das KPdSU-Politbüro den von Berija vorgeschlagenen Mord von Katyn 1940 beschloss, definiert diese kommunistische Führung unzweifelhaft als eine Gang von Verbrechern.

eine – freilich noch zu erklärende – Depravation des russischen Kommunismus. Es ist diese Depravation, die man wegen ihres Bündnisses mit Hitler und der Intention, die vierte Teilung Polens zur Basis der Gemeinsamkeit zu machen, mit Schumachers Diktum belegen kann.

Es ist aber tatsächlich der „heilige Egoismus" der so genannten „vaterländischen" Politik, die das Bündnis mit dem Faschismus beim Schopfe greift, um die 1917/18 verlorene „Größe" des „Russischen Reiches" wiederzugewinnen. Das Bündnis vom August 1939 macht den terroristischen Kommunisten Stalin eben nicht zum „rot lackierten Faschisten", sondern der kommunistische Nationalismus ergreift die vom faschistischen Nationalismus gereichte Hand, um die in der Vergangenheit erhaltenen Schläge zu kompensieren (in Polen und Finnland regierte einst ein Zar). Solche Patriotismen kennt die Geschichte zu Hauf. Stalins Bündnis mit Hitler, das den polnischen Staat vernichtet, ist die Folge des Münchener Abkommens, das den tschechoslowakischen Staat widerstandsunfähig macht. Und eben dieses Abkommen schließt Stalin als Kommunisten gerade aus.

In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich nicht zu übersehen, dass die faschistische Lawine erstens innenpolitisch durch das Engagement der konservativen Rechten in den Besitz der staatlichen Gewalt kam. Ohne den italienischen König ist Mussolini nicht als Ministerpräsident denkbar. Ohne den preußischen General von Hindenburg kann Hitler nicht als deutscher Reichskanzler gedacht werden. Und außenpolitisch ist die gleiche konservative Unterstützung der deutschen Faschisten durch die britische Regierung Chamberlain bis zum Münchener Abkommen vom September 1938 zu konstatieren. Der Grund liegt klar auf der Hand: Es handelt sich um die Furcht vor dem Kommunismus, gegen den der Faschismus ja eben als antikommunistische Militärgewalt unterstützt worden ist. Die britische Regierung hat sich die Unterstützung Hitlers als Lösung der nationalen Frage der Deutschen suggeriert, bis sie mit dem Einmarsch der deutschen Armee in Prag im März 1939 bemerken musste, dass der Faschismus im strengen Sinne asozial ist, d. h. jeden geschlossenen Vertrag für einen bloßen Papierfetzen hält, der beachtet wird, solange die Machtverhältnisse andere Handlungen nicht zulassen. Er ist auch in dem Sinne antinational, indem er fremde Nationen nach Gutdünken als Opfer räuberischer Überfälle determiniert.[81] Die britische Garantieerklärung für Polen 1939 war demgemäß das Signal, dass die politische Weltmacht (und das war ja das britische Empire 1939 gewiss), die die Gesellschaft (die society) verteidigt, d. h. die Welt des freien Austauschs, den Faschismus nicht mehr als Verteidiger des persönlichen Privateigentums verstehen konnte, sondern als asozialen Eroberer fremden Eigentums, als jemand, der weder Gesellschaft noch Gemeinschaft der Menschen im Sinne Tönnies' verteidigt, sondern schlechthin negativ gegen jede Verbindung in eben diesem Sinne mit Waffengewalt handelt.

81 Man bedenke, dass diese Antinationalität und Asozialität nach außen erneut den Terminus Nationalsozialismus als reinen Werbeausdruck erweist.

Mit dem stalinistisch ermöglichten deutschen Überfall auf Polen war daher die Grenze überschritten und die britische Kriegserklärung an den deutschen Faschismus fällig. Es gehört zu den wirklich bewundernswerten historischen Vorgängen, wie Großbritannien vom September 1939 bis zum Juni 1941 allein, natürlich gestützt durch sein Empire, den Krieg gegen den Faschismus bestanden hat.

Als Hitler in der gewohnten faschistischen Art die Sowjetunion, den stalinisierten Kommunismus, überfiel, war das Bündnis des Privateigentums mit dem Gemeineigentum gegen die Räuber beliebigen Eigentums besiegelt. Die nach dem 22. Juni 1941 entstehende Anti-Hitler-Koalition hat bewiesen, dass der sogar stalinistisch depravierte Kommunismus im Bündnis mit dem politischen System des Privateigentums, der angelsächsischen Demokratie, fähig ist, die Vereinten Nationen – gegen den Faschismus – zu begründen. Dies ist ein faktisches Urteil der Geschichte, das man im Vergleich des Kommunismus mit dem Faschismus selbstverständlich nicht übersehen darf.

Ziehen wir zum Vergleich des bolschewistischen Kommunismus mit dem Faschismus ein vorläufiges Fazit, können wir sagen: Beide Bewegungen sind Ansätze zur Lösung der sozialen Frage. Die faschistische Bewegung sieht im Krieg der Privateigentümer gegeneinander den menschlichen Natur- oder Normalzustand, organisiert die eigene Nation daher als Einheit von Armee[82] und Rüstungswirtschaft, um bei günstiger Gelegenheit andere Nationen zu überfallen und damit den eigenen Vermögenslosen die Perspektive zu bieten, unter Fremden Gutsherr bzw. Sklavenhalter zu werden. Dieser faschistische Nationalismus provoziert mit seiner Bestialität unweigerlich den härtesten Widerstand der überfallenen Nationen und ist daher a priori selbstzerstörerisch. Die kommunistische Bewegung will die Vermögenslosen mittels gewaltsamer Durchsetzung des Gemeineigentums zu Eigentümern machen, trifft damit selbstverständlich auf den härtesten Widerstand der Privateigentümer[83] und liquidiert mit der Beseitigung des Marktes und des Geldes die Gesellschaft wie die Person. Damit aber zerstört sie die Basis ihrer Produktivkraftentwicklung, betreibt das, was Marx nach dem Studium Dézamys für erledigt gehalten hat. Die Person und damit die Gesellschaft sind für Innovationen unabdingbar. Werden Erstere unterdrückt (und das ist der Kern stalinistischer Politik), so bleiben Letztere aus. Und damit haben wir die Selbstzerstörung als Prinzip des bolschewistischen Kommunismus festgestellt.

In der Selbstzerstörung finden Faschismus und bolschewistischer Kommunismus ihre sozialtheoretische Identität, die Faschisten als antinationale und asoziale Krieger, die bolschewistischen Kommunisten als innernational antisoziale

82 Die faschistische „Volksgemeinschaft“ ist das Volk als angetretenes Heer, umringt von Führern aller Art, Gruppenführer, Zugführer, Kompanieführer, Bataillonsführer etc. bis zum letzten, *dem* Führer.

83 Der Antikommunismus ist daher Normalbewusstsein der Privateigentümer, der faschistische Antikommunist ein zuzeiten ihnen angenehmer Bündnispartner, insbesondere dann, wenn er die kommunistischen Angreifer als „Räuber“ zusammenschlägt.

Funktionäre eines Distributionssystems, dem nach endlicher Dauer in der beherrschten Nation die Substanz des zu Verteilenden ausgeht. Während aber die Faschisten Verträge stets nur als Bezeichnungen momentaner Kräfteverhältnisse angesehen haben, um sie umgehend nach eigener Stärkung zu brechen, haben die bolschewistischen Kommunisten internationale Vertragstreue mit Bezug auf Mächte bewiesen, die sie militärisch nicht überwinden konnten. So haben sie nach außen im Interesse der Selbsterhaltung die *Gesellschaft* (der großen Mächte) anerkannt, die sie im Innern vernichteten. Das machte sie fähig zum Bündnis mit den Verteidigern des Privateigentums, die gegenwärtig in den USA ihre politische Hauptmacht haben. Dort wurde sogar in der vom Faschismus verursachten Not Stalin zu Uncle Joe. Besser kann man die Verschiedenheit des Faschismus gegen den bolschewistischen Kommunismus nicht ausdrücken.

Für die Deutschen muss noch gesagt werden, was Sebastian Haffner schon in den sechziger Jahren notierte: „Mit dem Überfall auf Russland am 22. Juni 1941 und der Kriegserklärung an Amerika am 11. Dezember 1941 setzte Hitler die Kausalitätskette in Gang, die über die totale Niederlage Deutschlands gegen diese beiden weit überlegenen Mächte, über ihre Begegnung in Deutschland und über ihre Unfähigkeit, sich dort wieder voneinander zu lösen, zur Teilung Deutschlands zwischen ihnen führen musste. Nach 1941 war in diesem Ablauf alles zwangsläufig: Die Deutschen selbst wie ihre beiden großen Besieger waren von jetzt an, wie Astronauten in einer Rakete, in eine Bahn geschossen, aus der sie nicht mehr herauskonnten. Aber der Entschluss zum Abschuss war frei. Nichts zwang Hitler im Juni 1941, Russland zu überfallen. Nichts zwang ihn sechs Monate später, Amerika den Krieg zu erklären.“[84]

Verwenden wir abschließend noch einmal die Redeweise von den beiden deutschen Diktaturen, müssen wir mit Haffner feststellen, dass die erste so frei war, durch ihren mörderischen Überfall auf die zweite, eben diese ins eigene Land zu holen. Davon versuchen sich die Deutschen seit 1990 langsam, sehr langsam frei zu machen. Ohne wissenschaftliche Reflexion dieses wirklichen geschichtlichen Zusammenhangs wird der Versuch nicht vollendet werden können.

84 Sebastian Haffner, Zur Zeitgeschichte, München 1982, S. 97.